

*Kerstin Zimmer*

## Die Bergarbeitergewerkschaften im Donbass zwischen ukrainischer Unabhängigkeit, Regionalismus und sowjetischem Erbe

Nach mehr als zehn Jahren der Transformation in der Ukraine zählen Gewerkschaften heute zu den marginalisierten und peripheren Akteuren.<sup>1</sup> Dies gilt auch für die Bergarbeiter im Donbass,<sup>2</sup> dem ehemals wichtigen Kohlrevier der Sowjetunion und dem Schaufenster des Sozialismus. Auf den ersten Blick mag dies überraschen, da man annehmen müsste, dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle im Transformationsprozess in einer alten Industrieregion einnehmen. In diesem Beitrag möchte ich das Gegenteil aufzeigen und Erklärungen für dieses kontraintuitive Phänomen bieten. Meine These lautet, dass die Machtlosigkeit der Gewerkschaften ein Ausdruck des sowjetischen Erbes der „schwachen“ Gesellschaft ist und zugleich der Dominanz und den strukturellen und symbolischen Kontrollstrategien machtvoller regionaler Akteure geschuldet ist. Die fortgesetzte Kooptationspraxis durch das politische und wirtschaftliche Establishment vereitelt das Wirksamwerden sozialer Interessen in der Region.

Im Folgenden stelle ich zunächst die Region Donezk aus der Perspektive des strukturellen Erbes des sowjetischen Regimes und der Rolle der Bergarbeiterbewegung zu Beginn der 1990er Jahre vor. Anschließend gebe ich einen Überblick über die Reform des Kohlesektors. Danach wende ich mich den Bergarbeitergewerkschaften selbst und ihrer sozialen Basis zu, wobei der Schwerpunkt auf der sozialen Lage in den Bergarbeitersiedlungen und der Funktion von Betrieben liegt. Der folgende Abschnitt gilt den Strukturen, Problemen und der faktischen und symbolischen Interaktion mit anderen (regionalen) Akteuren, bevor die Erklärungen für die Schwächen der Bergarbeiterbewegung zusammengefasst werden.

- 1 Die Ergebnisse basieren auf Umfragen und Studien aus der Region Donezk sowie auf Interviews, die 1999 und 2000 im Zusammenhang des von Prof. Melanie Tatur geleiteten und von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojektes „Lokale und regionale Akteure und Institutionen regionaler Entwicklungspolitik in Polen, Ungarn, der Ukraine und Rumänien“ durchgeführt wurden. Die verwendeten Umfragedaten beziehen sich auf den Zeitraum bis 2004.
- 2 Der Donbass, eine Abkürzung des „Donezker Kohlebeckens“ (Donezkij Ugol'nyj Bassejn), umfasst historisch betrachtet große Teile der Ostukraine und einen Teil der Oblast' Rostov in der Russischen Föderation. Der ukrainische Donbass schließt fast das gesamte Gebiet der Oblasti Donezk und Lugansk ein sowie den östlichen Rand der Oblasti Dnipropetrovsk und Zaporiz'zja.

## Der Donbass zwischen Sowjetunion und unabhängiger Ukraine

Die moderne Geschichte der Region Donezk ist geprägt durch staatlich gelenkte Industrialisierung, Einwanderungsschübe aus verschiedenen Gebieten des Zarenreiches und später der gesamten Sowjetunion sowie die anhaltende Dominanz industrieller Großbetriebe über lokale Gemeinschaften und politische Akteure. Letztere waren eng mit den Machtzentren in Moskau oder Kiew verbunden und herrschten zugleich in ihren eigenen „Fürstentümern“.

Die Stadt Donezk wurde im 19. Jahrhundert unter russischer Herrschaft gegründet und entwickelte sich zu einem bedeutenden Zentrum der Stahl- und Kohleindustrie. Ab den 1920er Jahren gehörte die Region zur Sowjetunion und diente mehrere Jahrzehnte als deren industrielles Zentrum. Die sowjetische Führung feierte den Donbass als das Schaufenster des Sozialismus, wobei sie sich auf die industriellen Errungenschaften und die schwere Arbeit der Berg- und Stahlarbeiter bezog. Die Einwanderungswellen führten zu kultureller und sprachlicher Russifizierung. Die historische Erfahrung der Bevölkerung umfasst fortgesetzte wirtschaftliche Expansion und wiederholte gewaltsame Zerstörungen, wobei letztere aus dem öffentlichen Gedächtnis ausgeblendet wurden. Die Stalinschen Säuberungen und die Hungersnot der 1930er Jahre trugen zur Desintegration bei, da sie die Dorfbevölkerung weitgehend auslöschten und integrative Dorfstrukturen zerstörten. Großbetriebe, die die regionale Wirtschaft dominierten, wurden zu Zufluchtsstätten, aber sie verfestigten die gesellschaftlichen Schwächen. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die Region eng in die innersowjetische Arbeitsteilung eingebunden, verlor aber allmählich ihre Bedeutung an die Kohlegebiete des sowjetischen Ostens. Wirtschaftlicher Niedergang setzte in den 1970er Jahren ein, wurde aber erst während der Perestrojka sichtbar.

Die spontanen und anhaltenden Bergarbeiterstreiks 1989 im Donbass fanden außerhalb der bestehenden Gewerkschaftsstrukturen statt.<sup>3</sup> Ihre Hauptanliegen waren sozialer und ökonomischer Natur, angefangen vom Mangel an Konsumgütern über niedrige Löhne und schlechte Wohn- und Arbeitsbedingungen bis hin zum Gefühl, von Moskau ausgebeutet zu werden. Wie Crowley zeigt, dachten die Bergarbeiter, dass die Beschäftigten nicht ihrer Arbeit gemäß bezahlt würden.<sup>4</sup> Die schwer arbeitenden Menschen, die Produkte realen materiellen Wertes herstellten, wurden in ihren Augen betrogen, während jene, die den entstandenen Reichtum verteilten, sich selbst bereicherten, ohne dafür arbeiten zu müssen.<sup>5</sup>

3 In der Sowjetunion waren Gewerkschaften im Wesentlichen Transmissionsriemen und umfassten sowohl Arbeiter als auch das Management bzw. die Direktoren. In der Regel war der Direktor Mitglied des betrieblichen Gewerkschaftskomitees. Die Aufgabe der Gewerkschaften war es nicht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, sondern Kontrollfunktionen auszuüben, die Sozialversicherung zu verwalten (seit 1933) und zur Erfüllung der Produktionspläne beizutragen, vgl. Sarah Ashwin/Simon Clarke: *Russian Trade Unions and Industrial Relations in Transition*, New York 2002. Weitere Implikationen dieser Rolle für das heutige Selbstverständnis der Gewerkschaften finden sich in einem späteren Abschnitt.

4 Stephen Crowley: *Between Class and Nation: Worker Politics in the New Ukraine*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 1 (1995), S. 43–69.

5 Andreas Wittkowsky (Fünf Jahre ohne Plan: die Ukraine 1991–1996. Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten, Hamburg 1998, S. 41) weist darauf hin, dass diese erste Streikbewegung – im Gegensatz zu späteren – nicht von den Direktoren gesteuert wurde, sondern im Gegenteil große Unsicherheiten für die Zechenleitungen mit sich brachte. Auch richtete sich der Unmut der Bergarbeiter zunächst ganz

Die Bergarbeiter verbanden das Gefühl, ausgebeutet zu werden, schnell mit der Fähigkeit des Staates, durch die Kommunistische Partei Wohlstand umzuverteilen. Daher richtete sich der klassenbasierte Unmut gegenüber den Managern bald gegen das System als solches.<sup>6</sup> Wie Axel Honneth verdeutlicht hat, entstehen praktischer Protest und Widerstand häufig erst dann, wenn eine Veränderung der ökonomischen Lage „als eine normative Verletzung“ eines impliziten Konsenses bzw. Gesellschaftsvertrages erfahren wird.<sup>7</sup>

Dennoch forderten die Bergarbeiter keine radikalen ökonomischen Reformen. Sie lehnten zwar die Kommunistische Partei ab, standen aber ukrainischen Anti-Moskau-Gruppen nicht minder abweisend gegenüber. Ebenso waren sie misstrauisch gegenüber den staatlichen Gewerkschaften und organisierten sich daher selbst.<sup>8</sup> Die Streikenden waren fast ausschließlich Arbeiter, Vertreter der Intelligencija beteiligten sich kaum. Die Streiks hatten eine relativ effiziente Organisation gezeigt und schufen darüber hinaus Elemente einer Selbstverwaltung, die in einigen Städten über das Streikende (24. Juli 1989) hinaus bestanden.<sup>9</sup> Dennoch imitierten die Streikenden genau jene Strukturen, gegen die sie kämpften, und es gelang ihnen nicht, strukturelle Innovationen herbeizuführen.

Im Juni 1990 fand der erste unionsweite Kongress der Bergarbeiter in Donezk statt, im Oktober desselben Jahres wurde die Unabhängige Sowjetische Bergarbeitergewerkschaft gegründet.<sup>10</sup> Doch wurden die sowjetischen Bergarbeiter wegen ihrer unterschiedlichen Interessen und der Ungleichbehandlung durch Moskau gespalten. Die ukrainischen Bergleute suchten neue Verbündete: 1990 und 1991 nahmen sie Moskau als Feind und Ausbeuter wahr, während Kiew und ukrainische nationale Gruppen als neue Partner ins Blickfeld rückten, mit denen die Bergarbeiter den gemeinsamen Feind – die Parteiführung in Moskau – teilten. Die Bergarbeiter begannen, politische Forderungen zu erheben und verlangten einen Systemwechsel, weil das alte System sie weder repräsentierte noch schützte. Jedoch bezogen sich die Forderungen noch auf das gesamtsovietische System – mit einer Ausnahme: Die Arbeiter verlangten die Übertragung der Bergwerke in die Verwaltung auf Republiksebene sowie die Gründung eines eigenen staatlichen Komitees für Kohle.<sup>11</sup> 1991 erhoben die Streikenden zum ersten Mal die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit, an der auch die

konkret gegen das Management, das durch die Gründung von Kooperativen Ressourcen aus den staatlichen Bergwerken in private Hände überführte.

6 Crowley, S. 59.

7 Axel Honneth: Kampf um Anerkennung: zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt am Main 1992, S. 267–268.

8 David R. Marples: Ukraine under Perestroika: Ecology, Economics, and the Workers' Revolt, New York 1991, S. 210–211; Lewis H. Siegelbaum/Daniel J. Walkowitz: Workers of the Donbass Speak: Survival and Identity in the New Ukraine, 1989–1992, Albany 1995.

9 Theodore H. Friedgut: Perestroika in the Provinces. The Politics of Transition in Donetsk, in: Theodore H. Friedgut/Jeffrey W. Hahn (Hg.): Local Power and Post-Soviet Politics, Armonk 1994, S. 162–183; Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, München 2000.

10 Siegelbaum/Walkowitz, S. xii.

11 Wittkowsky, S. 43–44. Im Januar 1991 erhielten die Donezker Bergwerke im Grunde keine Subventionen mehr aus Moskau. Das ukrainische Parlament beschloss, die Bergwerke und Stahlwerke auf die Republiksebene zu transferieren und auch aus dem eigenen Haushalt zu finanzieren. Dadurch erwarben sie das Wohlwollen der Bergarbeiter, vgl. R.D. Ljach/V.N. Nikol'skij/V.D. Nesterov/L.B.

Direktoren der Zechen, die im Zuge der Perestrojka und der Erosion der zentralen Planung eine erhebliche Unabhängigkeit von Moskau erlangt hatten, interessiert waren. Als im Dezember 1991 ein Referendum über die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine durchgeführt wurde, stimmte die Mehrheit der ostukrainischen Bevölkerung dafür, weil sie auf eine bessere Finanzierung durch die „eigene“ Regierung hoffte.<sup>12</sup>

Als die Ukraine unabhängig wurde, hatte im Donbass also eine syndikalistische und ansatzweise politische Mobilisierung stattgefunden: neue Gewerkschaften waren als scheinbar (und potenziell) mächtige Akteure entstanden. Der Sieg der Bergarbeiter erwies sich allerdings als kurzlebig. Die Schwächen der Gewerkschaftsbewegung waren bereits sichtbar, denn sie waren kaum in der Lage, gemeinsame Klasseninteressen zu identifizieren und zu verfolgen. Außerdem blieb die Mehrheit von ihnen zu eng mit ihren „natürlichen Klassenfeinden“, d. h. den Betriebsdirektoren verbunden. Nach der Unabhängigkeit begannen die Arbeiter, die Direktoren erneut als Partner im Kampf um Subventionen aus Kiew anzusehen. Der drastische ökonomische Niedergang und ausbleibende Strukturreformen gaben dieser Allianz zusätzlichen Auftrieb. Somit wurde die historische Vorherrschaft der Betriebsdirektoren nicht gebrochen, und sie konnten ihre Machtressourcen größtenteils in das neue politische System überführen. Dies war der Anfang für eine neue Machtstruktur, die heute die Region beherrscht, den so genannten „Donezker Clan“. Dieses regional gebundene informelle Netzwerk war auch schließlich die Hausmacht von Viktor Janukovyč, dem Verlierer der Präsidentenwahl 2004. Es handelt sich dabei um ein spezielles Machtarrangement, das seine Wurzeln in der Sowjetunion hat, dessen Aufstieg und Stärke aber erst durch die politischen und ökonomischen Veränderungen der 1990er Jahre zu verstehen sind.<sup>13</sup>

## Die Restrukturierung des Kohlesektors

Vor dem Hintergrund der skizzierten politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ist auch die Restrukturierung des Kohlesektors zu betrachten. Obwohl alle Reformpläne für die Kohleindustrie auf der nationalen Ebene entwickelt wurden, hat die regionale Elite stets versucht, ihre Interessen einzubringen. Die Gewerkschaften hatten jedoch nur geringen Einfluss, sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene. Bis 1996 blieb der Kohlektor allerdings von jeglichen Reformmaßnahmen unberührt. Mit der staatlichen Unabhängigkeit hatte die Ukraine eine negative Energie-Bilanz ererbt – die meisten Energieträger werden

Lichačeva/N. E. Bupalov: *Istorija Rodnogo Kraja (Čast Vtoraja)*. Učebnoe Posobie Dlja 10–11 Klassov, Donezk 1998, S. 207–208.

- 12 Stephen Crowley: *Hot Coal, Cold Steel: Russian and Ukrainian Workers from the End of the Soviet Union to the Post-Communist Transformations*. Ann Arbor 1997, S. 149–152. Lewis H. Siegelbaum: *Freedom of Prices and the Price of Freedom: The Miners' Dilemma in the Soviet Union and Its Successor States*, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 4 (1997), S. 1–27, hier S. 11.
- 13 Kerstin Zimmer: *The Captured Region. Actors and Institutions in the Ukrainian Donbass*, in: Melanie Tatur (Hg.): *The Making of Regions in Post-Socialist Europe: The Impact of History, Economic Structure and Institutions. Case Studies from Poland, Hungary, Romania and Ukraine*. Wiesbaden 2004, S. 231–348; Kerstin Zimmer: *Machteliten im ukrainischen Donbass – Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer Alten Industrieregion*, Münster 2006.

aus oder über Russland eingeführt – so dass die heimische Kohleindustrie eine strategische Position erlangte. Größere Unabhängigkeit von importierten Energieträgern sollte die politische Verwundbarkeit reduzieren.<sup>14</sup> Auch die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre starke Position der Donezker Elite, die zu dieser Zeit von der Kohlelobby dominiert wurde, garantierte, dass der Kohlesektor nicht angetastet, sondern weiter subventioniert wurde. Die Kosten für die Subventionierung des Kohlesektors beliefen sich auf etwa vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts.<sup>15</sup>

Mitte der 1990er Jahre erreichte die Krise im Kohlesektor, die ihre Ursachen in einer Reihe struktureller Nachteile und Probleme sowie in politischen Entscheidungen hatte, ihren Höhepunkt. Die Kohlereserven des Donbass werden seit über 100 Jahren abgebaut, so dass viele Abbaugebiete schlechte geologische Bedingungen aufweisen und die Qualität der geförderten Kohle vergleichsweise niedrig ist. Weiterhin ist der Kapitalstock veraltet und neue Investitionen wurden bis Mitte der 1990er Jahre kaum vorgenommen. Fast alle Betriebe befanden sich im Staatseigentum und wurden von „Roten Direktoren“ geleitet. Auch der Absatzmarkt war staatlich reguliert. Hinzu kamen Überbeschäftigung und eine umfassende soziale Infrastruktur, die aus sozialen und politischen Kalkülen aufrechterhalten wurden. Die Stabilisierungspolitik Mitte der 1990er Jahre führte zur Überbewertung der ukrainischen Währung und somit zur Überteuering der ukrainischen im Vergleich zu importierter Kohle. Zudem sank die Nachfrage nach Kohle durch die allgemeine Wirtschaftskrise. Insofern war der Sektor durch hohe Produktionskosten, ausbleibende Gewinne und die Abhängigkeit von staatlichen Subventionen gekennzeichnet.<sup>16</sup>

Zu dieser Zeit öffnete sich die Ukraine aus finanziellen Gründen internationalen Organisationen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond (IWF). Die ukrainische Regierung beschloss 1995, wenn auch unter externem Druck und geleitet durch Partikularinteressen der zentralen Führung, eine Reform des Kohlesektors, welche die forcierte Korporatisierung der Bergwerke, Preisliberalisierungen sowie die unverzügliche Schließung der unrentabelsten Zechen beinhaltete. Schließlich forderte die ukrainische Regierung die Weltbank auf, ein Reformprogramm für den Kohlesektor zu erarbeiten.<sup>17</sup> Die Restrukturierung der Kohleindustrie begann 1996 mit der Umgestaltung der sektoralen Organisationsstruktur. Die 276 Bergwerke wurden gemäß ihrer Leistungsfähigkeit in vier Gruppen eingeteilt. Die Bergwerke der Gruppe 1 sollten mittelfristig privatisiert werden, diejenigen der Gruppe 2 sollten binnen eines Jahres entweder in die Gruppe 1 aufsteigen oder in die Gruppe

14 Zahlreiche Interviewpartner brachten genau dieses Argument vor, um die Subventionierung des Sektors zu rechtfertigen.

15 Heiko Pleines: *The Political Economy of Coal Industry Restructuring in Ukraine*, Koszalin: Koszalin Institute of Comparative European Studies, 2004.

16 Vgl. Pleines: *Political Economy*. 1997 erreichten die Durchschnittskosten der Kohleproduktion 150 Prozent des Marktwertes, vgl. Laszlo Lovei/Konstantin Skorik: *Energy Sector Reform in Ukraine: Mid-Term Report*, in: Axel Siedenberg/Lutz Hoffmann (Hg.): *Ukraine at the Crossroads. Economic Reforms in International Perspective*, Heidelberg/New York 1999, S. 333–351, hier S. 341.

17 World Bank: *Ukraine. Coal Industry Restructuring Sector Report*. Washington: Infrastructure Division. Country Department IV. Europe and Central Asia Region, 15056-UA, 1996.

3 abgestuft werden.<sup>18</sup> Für Bergwerke der Kategorie 3 war die Schließung innerhalb von drei bis fünf Jahren geplant, und sie wurden direkt dem Ministerium unterstellt. 20 Bergwerke, die in die Kategorie 4 eingestuft wurden, sollten schnellstmöglich geschlossen werden. Sie wurden zu diesem Zweck an die 1997 gegründete staatliche Schließungsgesellschaft UDKR (Ukrains'ka Deržavna Kompanija z Restrukturizacii Pidprijemstv Vuhil'noj Promyslovosti: Ukrainisches Staatsunternehmen für die Restrukturierung der Unternehmen der Kohleindustrie) übergeben, die sowohl die Stilllegung als auch Sozialprogramme und Beschäftigungsmaßnahmen organisierte.<sup>19</sup> Die Entscheidung darüber, welche Bergwerke aufgegeben werden sollen, fällt das zuständige Ministerium, aber die Liste der zu schließenden Bergwerke wurde wiederholt zum Streitgegenstand. Einige Bergwerke wurden von einer Kategorie zur anderen transferiert, immer bestimmt durch den Einfluss des Direktors im Ministerium.<sup>20</sup>

Die Reformversuche des Zentrums stießen auf beharrlichen Widerstand auf der regionalen und sektoralen Ebene. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessenslagen und internen Konflikte waren die regionalen Akteure jedoch nicht in der Lage, eine geschlossene Koalition zu bilden, so dass die Zentralregierung mehr Einfluss auf die Reform des Sektors gewann. Auf betrieblicher Ebene wurde das Restrukturierungsprogramm allerdings überwiegend boykottiert und untergraben.<sup>21</sup> Eine Phase des „Durchwurstelns“ brach an. Die Implementierung des Reformprogramms verzögerte sich Anfang 1997 beträchtlich. Obwohl die Stilllegung der ersten Gruppe von Bergwerken plangemäß begann, wurden die gesetzlichen Leistungen für die entlassenen Bergarbeiter sowie Gelder an mit der physischen Schließung beauftragte Firmen mit erheblichem Verzug ausgezahlt. Nach der Übergabe der sozialen Infrastruktur von 15 Bergwerken an die Kommunen wurde das Programm zur weiteren Übertragung der Einrichtungen wegen Finanzierungsschwierigkeiten eingestellt.<sup>22</sup> Außerdem war das Schließungsprogramm von Skandalen begleitet. Verschiedene Akteure – zumeist aus den Ministerien – bereicherten sich. Von den 788.000 US Dollar, die 1997 und 1998 für die Bergwerksschließungen benötigt wurden, erhielt UDKR nur 20 Prozent. Der Rest verschwand also in dunklen Kanälen oder wurde zweckentfremdet. Fast die Hälfte des ausgeschütteten Geldes wurde für ausstehende Löhne und die Bewahrung der sozialen Infrastruktur aufgewendet, um so den sozialen Frieden zu wahren.<sup>23</sup> Spezielle Unterstützungspro-

18 Ljach/Nikol'skij/Nestercov/Lichačeva/Bespalov: *Istorija Rodnogo Kraja*, S. 222.

19 Lovei/Skorik: *Energy Sector Reform*, S. 341. Interview mit einem Projektmanager, Donezk 1999.

20 Heiko Pleines: *Energy in Ukraine*. London: Financial Times Energy, 1998, S. 103; Adam Swain: *Institutions and Regional Development: Evidence from Hungary and Ukraine*. Sussex European Institute Working Paper, 1998, S. 22–23.

21 Pleines: *Political Economy*.

22 Ludmila Lohacheva/Olena Ivashechkina: *Social and Economic Effects of Corporate Restructuring in the Donbas Region*, in: Olexandr Lyakh/Włodzimierz Pankow (Hg.): *The Future of Old Industrial Regions in Europe. The Case of Donetsk Region in Ukraine*, Warsaw 1998, S. 59–76, hier S. 67; Lovei/Skorik: *Energy Sector Reform*, S. 342.

23 *Kyiv Post*, 24. März 1998.

gramme für arbeitslose Bergarbeiter starteten mit beträchtlichem Verzug.<sup>24</sup> Eine wirkliche Strukturreform blieb jedoch aus.

Da der IWF die Ausgabenpolitik der ukrainischen Regierung kontrollierte, erhielt der Kohlektor kaum noch direkte Subventionen, obwohl der Druck aus den Bergwerken und den Ministerien fortbestand. Daher begann man, den Sektor indirekt zu subventionieren. Steuerzahlungen wurden gestundet oder erlassen, Löhne (oft monatelang) nicht ausgezahlt und zwischenbetriebliche Verschuldungsketten geschaffen. Überdies wurden Transaktionen zunehmend über Bartergeschäfte abgewickelt, was die Transparenz zusätzlich reduzierte. Die ukrainische Regierung schätzte Ende der 1990er Jahre, dass etwa 80 Prozent der Mittel der Kohleindustrie in der Schattenwirtschaft arbeiteten und so den Staat um Steuereinnahmen brachten.<sup>25</sup> Zudem hatte die Regierung die faktische Kontrolle über den Kohlektor verloren und war nicht mehr in der Lage, Regeln durchzusetzen.

Ende der 1990er Jahre konsolidierte sich die Situation im Kohlektor aus zwei Gründen. Die Abwertung der ukrainischen Währung führte zu erhöhter Wettbewerbsfähigkeit gegenüber importierter Kohle, und das steigende Wirtschaftswachstum ab 2000 führte eine höhere Nachfrage nach Kohle herbei.<sup>26</sup> Ab dem Jahr 2000 gab es neue Reformbemühungen und neue Interessenkonstellationen. Das Ministerium für die Kohleindustrie wurde in das Ministerium für Brennstoffe und Energie eingegliedert, wodurch die sektorale Lobby geschwächt wurde. Die damalige stellvertretende Premierministerin Julija Timoschenko schlug ein Reformprogramm für den Energiesektor vor, das den Verkauf der Kohle über Warenbörsen, die Bindung der Kohlepreise an Weltmarktpreise sowie die Privatisierung einiger Bergwerke (ab Mitte 2001) umfasste.<sup>27</sup> Neue Reformvorstöße wurden 2001 getätigt, als das Programm „Ukrainische Kohle“ verabschiedet wurde. Es sah den Zuwachs von Haushaltsmitteln für Investitionen über einen Zeitraum von zehn Jahren vor. Die staatlichen Subventionen für die Kohleindustrie sollten jährlich etwa sechs Milliarden Hrywnja (ca. eine Milliarde Euro) betragen, aber das Programm wurde nur unzureichend finanziert und deshalb wiederholt von Gewerkschaftsführern und Betriebsdirektoren kritisiert. Im Jahr 2002 plante die Regierung, die Korporatisierung und Privatisierung einer Reihe von Bergwerken zu forcieren, jedoch schritt der Prozess nur langsam voran. Bis 2002 gab es lediglich drei privat geführte Bergwerke, aber es kam zugleich zur Schattenprivatisierung durch Bankrottverfahren, so dass mehr Bergwerke privat kontrolliert wurden als dies aus Statistiken ersichtlich ist.<sup>28</sup>

Mit der Konsolidierung der finanzindustriellen Gruppen (FIGs) und der Ausweitung der politischen Kontrolle über die Region Ende der 1990er Jahre änderte sich das Verhältnis der Donezker Machteliten zum Kohlektor. Die staatliche Regionalverwaltung vertrat die Interessen der FIGs und nicht mehr jene des Kohlesektors. Die FIGs hatten nur Interesse an den

24 Lovei/Skorik: Energy Sector Reform, S. 342.

25 Pleines: Political Economy.

26 Pleines: Political Economy.

27 Bis dahin wurde Kohle häufig extrem günstig über Bartergeschäfte verkauft. Dabei erhielt schließlich eine „kommerzielle Struktur“ billige Kohle, während die insolventen Bergwerke nicht in der Lage waren, ihre Belegschaft zu entlohnen.

28 Andrej Nagaec: Doloj Ministrov!, in: Donbass, 23. April 2002.

lebensfähigsten Bergwerken und sahen die Kohleindustrie als eine Möglichkeit der Kostenreduzierung für den lukrativeren, exportorientierten Stahlsektor an.<sup>29</sup> Sie kauften Kohle zu Spottpreisen, und der Staat subventionierte indirekt den Stahlsektor, indem er für die Verluste aufkam, die den Bergwerken entstanden.<sup>30</sup> Die FIGs kontrollierten die Bergwerke aber zumeist nicht durch Eigentumstitel, sondern durch Investitionen. Aufgrund ihrer hohen Schulden und ihrer Abhängigkeit von neuer Ausrüstung konnten die Bergwerke leicht von Investoren kontrolliert werden, die fortan über Verkäufe und Käufe entschieden und Personalentscheidungen trafen. Einerseits führte das zu einer Rationalisierung und Effizienzsteigerung in der Kohleindustrie, andererseits verloren die Bergwerke ihre Unabhängigkeit und wurden in die Produktionskette „Kohle-Koks-Metall“ eingegliedert,<sup>31</sup> ohne dass die Eigentumsverhältnisse transparent waren. Mit diesen Veränderungen entstand eine größere Bereitschaft der regionalen Verwaltung und auch der nationalen Regierung unter Janukovič, mit der Restrukturierung des Sektors fortzufahren und die Privatisierung einzelner Bergwerke zu forcieren.<sup>32</sup>

## Die schwache Gesellschaft

Seit Anfang der 1990er Jahre hat die regionale Bevölkerung grundlegende demografische und soziale Veränderungen erfahren, die sich auf die Handlungsfähigkeit sozialer Großakteure auswirkten. Dazu zählten sowohl materielle als auch psychische Deprivationserfahrungen, die ich im Folgenden darlegen möchte.

Der Nominallohn in der Region Donezk betrug im Jahr 2002 124,5 Prozent des nationalen Durchschnitts. Dies spiegelt den hohen Anteil an Industriearbeitern wider, die weiterhin hohe Löhne erzielten.<sup>33</sup> Die höchsten Löhne wurden im Finanz- und Kommunikationssektor und in der Industrie gezahlt, die niedrigsten im Handel sowie im Bereich der sozialen Dienstleistungen und der Bildung.<sup>34</sup> Die Bergarbeiter waren traditionell die Spitzenverdiener in der Region, ihre Lage hat sich jedoch, relativ gesehen, verschlechtert.<sup>35</sup> Die vergleichs-

29 Pleines: *Political Economy*.

30 Oleg Bogatov: *Recent Developments in the Donbass' Coal Industry*, Newcastle: Conference: Confronting Change: North East England and East European Coalfields, 2001.

31 Bogatov.

32 Pleines: *Political Economy*. Diese neue Haltung gab auch erneuten Verhandlungen mit der Weltbank Auftrieb. 2003 gab die Weltbank eine neue Studie in Auftrag, auf deren Basis die Weltbank neue Vorstellungen zur Restrukturierung veröffentlichte. Die Bank konzentrierte sich dabei auf vier Bereiche: Governance im Kohlesektor, Preisbildung, Subventionen sowie soziale und ökologische Folgen.

33 UEPLAC: *Ukrainian Economic Trends*. Kyiv: Ukrainian-European Policy and Legal Advice Centre, 2002.

34 Donec'ke Oblasne Upravlinnja Statistiki, Website (2002). Olexandr Lyakh: *Regional Profile: Region of Donetsk*. Unpublished Data, Gathered within the Framework of the Research Project „Actors and Institutions of Regional Development Policy in Poland, Romania, Hungary and Ukraine“, 1999. Ostrov, 25. November 2003.

35 Die Kohleindustrie als Ganze zahlte im Jahr 1994 immer noch die höchsten Löhne aller Industriesektoren. 1995 verschlechterte sich die Position der Bergarbeiter im Vergleich zu anderen Beschäftigten. Hatten sie 1994 noch 174 Prozent des durchschnittlichen Industrielohns erhalten, fielen sie im Juli 1995



weise hohen Löhne muss man allerdings vor dem Hintergrund relativ hoher Lebenshaltungskosten im gesamtukrainischen Vergleich sehen. Außerdem wurden die Löhne – vor allem in der kommunalen und staatlichen Verwaltung sowie im Kohlektor – häufig monatelang nicht ausgezahlt. Auch bei den Auszahlungen der Altersrenten gab es erhebliche Verzögerungen.

Im Juni 2003 betrug die offizielle Arbeitslosenrate 2,8 Prozent,<sup>36</sup> aber die tatsächliche Arbeitslosenrate wurde Ende der 1990er Jahre auf 20 bis 25 Prozent geschätzt.<sup>37</sup> Zudem war die Arbeitslosenrate ungleich in der Region verteilt. Während sie in Donezk 2004 offiziell bei knapp zwei Prozent lag, wiesen monoindustrielle Städte, in denen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten gänzlich fehlen, viel höhere Werte auf. In Bergarbeitersiedlungen kann sie real bis zu 30 oder 40 Prozent betragen, in Einzelfällen sogar 90 Prozent.<sup>38</sup> Etwa zwei Drittel aller Arbeitslosen sind Frauen. Unter den Arbeitslosen befindet sich ein hoher Prozentsatz hoch qualifizierter Personen (etwa 45 Prozent), von denen die meisten eine technische Ausbildung haben. Somit hat sich die wirtschaftliche Situation der Durchschnittsbürger im vergangenen Jahrzehnt erheblich verschlechtert. Fast jeder zweite Arbeitnehmer lebt unter dem Existenzminimum, und etwa zwei Drittel der Haushaltseinkommen müssen für Lebensmittel aufgewendet werden.<sup>39</sup>

Die Sterberate übersteigt die Geburtenrate bei Weitem, so dass es zu einem Bevölkerungsrückgang kommt.<sup>40</sup> Die regionale Bevölkerung schrumpfte von 5,347 Millionen (1990) auf 5,043 Millionen (1998) und weiter auf ca. 4,7 Millionen (2003).<sup>41</sup> Eine weitere Erklärung für den massiven Bevölkerungsrückgang ist der starke Trend zur Abwanderung aus der Region, vor allem von Personen unter dreißig Jahren.<sup>42</sup> Einige Arbeitsmigranten gehen zeitweise in andere Regionen oder ins Ausland, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Eine Studie der Weltbank zeigt, dass etwa 37 Prozent der Bevölkerung aus einzelnen Bergwerks-

auf den 15. Platz der Einkommensliste mit 131 Prozent des Industrielohns. Bergarbeiter in der Region Donezk erhielten 1996 noch 106 Prozent des Durchschnittslohns im Industriesektor der Region, vgl. World Bank: Ukraine. Coal Industry Restructuring Sector Report, S. 32.

36 Ostrov 20. Juni 2003. Im November 2000 hatte sie noch bei 3,4 Prozent gelegen, vgl. Donec'ke Oblasne Upravlinnja Statistiki.

37 V'jačeslav Ljašenko/Ganna Tolmačova: Naprjamki Politiki Sprijannja Rozvitku Malogo Biznesu Na Territorijach Prioritetnogo Rozvitku v Donets'kii Oblasti, in: Schid, 4/1999, S. 36–42, hier S. 36. Neuere Zahlen liegen leider nicht vor.

38 Elena Volovodova: Razvitie Territorii v Rajonach Zakritija šacht, in: Biznesinform, 7–8/1999, S. 10–12, hier S. 10.

39 Ostrov 3. September 2003 und Ostrov 29. August 2003. Eine auf qualitativen Interviews basierende Studie zu Armut in der Ukraine haben Catherine Wanner/Nora Dudwick („Children Have Become a Luxury“: Everyday Dilemmas of Poverty in Ukraine, in: Nora Dudwick/Elizabeth Gomart/Alexandre Marc/Kathleen Kuehnast (Hg.): When Things Fall Apart: Qualitative Studies of Poverty in the Former Soviet Union. Washington 2002, S. 263–300) vorgelegt.

40 Mikola G. Tarasenko: Geografija Doneckoj Oblasti, Donezk 1998, S. 54. 1999 lag die Geburtenrate bei 6,1 pro Tausend Einwohner, während die Sterberate bei 16 pro Tausend Einwohner lag, vgl. Donec'ke Oblasne Upravlinnja Statistiki.

41 Ostrov, 11. Februar 2004.

42 Viktor F. Janukovič: Regional'ni Problemi Formuvannja i Vykorystannja Trudovich Resursiv, in: Schid, 30 (1999), S. 3–8, hier S. 5.

städten vorübergehend ihren Wohnort verließen.<sup>43</sup> Die Anzahl der Bewohner städtischer Gebiete sinkt schneller als die ländlicher Gebiete.<sup>44</sup> Vermutlich migrieren Menschen von den Städten in ländliche Gebiete, um dort Subsistenzwirtschaft zu betreiben. In einigen Städten sind bis zu einem Drittel der Bewohner Rentner.<sup>45</sup>

Das Durchschnittsalter stieg von 37,2 auf 38,8 Jahre. Die Lebenserwartung ist im Süden und Osten der Ukraine am geringsten. In der Region Donezk beträgt die Lebenserwartung etwa 60 Jahre für Männer und 72 Jahre für Frauen.<sup>46</sup> 1996 war die Lebenserwartung für Bergarbeiter etwa zehn Jahre geringer als für andere Berufsgruppen.<sup>47</sup> Neben sozialen Problemen führen die schlechten Umweltbedingungen zu dieser niedrigen Lebenserwartung.<sup>48</sup> 2003 lag der Gesundheitszustand von 67 Prozent aller Personen zwischen 20 und 29 Jahren unter dem als üblich geltenden Niveau.<sup>49</sup> Die Anzahl der Missbildungen bei Neugeborenen hat ebenfalls zugenommen.<sup>50</sup> Ebenso leiden viele Arbeiter, vor allem in der Kohleindustrie, unter Berufskrankheiten wie Atemwegserkrankungen.<sup>51</sup> Jedoch breiten sich vor allem Krankheiten aus, die mit der eklatanten sozialen Problemlage in Verbindung stehen: Tuberkulose und HIV/AIDS. Donezk weist den höchsten Bestand und die höchsten Zuwachsraten im Hinblick auf HIV-Infizierte und AIDS-Kranke in der Ukraine auf,<sup>52</sup> wobei die Stadt Donezk – auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl – die höchsten Zahlen verzeichnet. Am 16. Februar 2004 zählte die Region offiziell insgesamt 20.166 HIV-Infizierte. Allein im Jahr 2003 wurden 3.083 neue Fälle registriert, und bis Mitte März 2004 waren es ca. 800, d. h. pro Tag werden im Durchschnitt mehr als 10 neue Fälle registriert. 88 Prozent der Infizierten

43 Michael Haney/Maria Shkaratan: *Mine Closure and Its Impact on the Community: Five Years after Mine Closure in Romania, Russia and Ukraine*, Washington: World Bank, 2003, S. 43.

44 Lyakh: *Regional Profile*.

45 Janukovič, S. 4–5.

46 Donec'ka Oblasna Rada/Donec'ka Oblasna Deržavna Administracija: *Programa „Donec'ka Oblast' – 2010“*, Donezk 1999, S. 112.

47 World Bank: *Staff Appraisal Report. Ukraine. Coal Pilot Project*. Washington: Municipal and Social Services Division. Country Department IV. Europe and Central Asia Region, 15351-UA, 1996, S. 6.

48 Das Vorherrschen der Schwerindustrie in einer relativ dicht bevölkerten Region hat zu weitreichenden Umweltzerstörungen geführt. Auch im gesamtsojetischen Vergleich war die Region einer der „Spitzenreiter“ bei Verschmutzung, vgl. Craig Zum Brunnen: *Water Pollution*, in: I. S. Koropec'kyi (Hg.): *The Ukraine within the USSR. An Economic Balance Sheet*. New York 1977, S. 109–134. Heute sind die schlimmsten Umweltprobleme der Region Luftverschmutzung, schlechte Trinkwasserversorgung und ungelöste Probleme bei der Beseitigung von Industrie- und Haushaltsabfällen. 40 Prozent aller Emissionen der ukrainischen Industrie treten in der Region Donezk aus (Ostrov 13. November 2003). Besonders die Hafenstadt Mariupol' mit ihren zwei riesigen Stahlwerken und chemischer Industrie hat mit erheblichen Umweltproblemen zu kämpfen, vgl. Irina V. Butorina/Marina V. Butorina: *An Overview of Environmental and Management Problems in Mariupol, Ukraine*, in: *Environmental Management and Health* 1 (2001), S. 88–98.

49 Ostrov, 23. Oktober 2003.

50 Ostrov, 12. März 2003.

51 Ostrov, 2. Juli 2003.

52 Die Ukraine gilt – zusammen mit Russland – als der HIV- und AIDS-Krisenherd Europas schlechthin.

sind zwischen 19 und 39 Jahren alt.<sup>53</sup> Bis Mitte März 2004 starben in der Region 660 Menschen an AIDS. Fast alle Infektionen stehen mit Drogenmissbrauch in Verbindung, für dessen Ausmaße die Region ebenfalls berüchtigt ist.<sup>54</sup> Donezk ist einerseits eine Transitroute für Drogen aus dem Nahen Osten, andererseits werden hier – vor allem in den heruntergekommenen Bergarbeitersiedlungen – erhebliche Mengen synthetischer Drogen produziert. Offiziell gibt es in der Region etwa 15.000 Drogenabhängige.<sup>55</sup> Auch die Zahl der Alkoholabhängigen ist mit 60.000 registrierten Fällen hoch.<sup>56</sup> Schätzungen gehen jedoch von noch weit höheren Zahlen aus. 1998 war die Zahl der Eheschließungen auf etwa dreißig Prozent der im Jahr 1990 registrierten Eheschließungen gesunken. Die Anzahl der Scheidungen – im Verhältnis zur Zahl der Eheschließungen – ist extrem angestiegen. Während 1990 auf 100 Eheschließungen 49 Scheidungen kamen, war dieses Verhältnis 1998 auf 100 zu 63 gestiegen.<sup>57</sup> Die hohe Abtreibungsrate stellt gleichermaßen ein erhebliches Problem dar. Und auch die Verbrechensrate ist ebenfalls beträchtlich, wobei die Jugendkriminalität besonders ausgeprägt ist.<sup>58</sup>

### Atomisierung und Anomie

Die gesellschaftliche Sphäre ist durch eine Vielzahl sozialer Probleme gekennzeichnet. Zusammen mit der Verarmung weiter Teile der Bevölkerung und der sich öffnenden Schere zwischen Neureichen und Durchschnittsmenschen sind die genannten Faktoren als starke Anzeichen für eine Anomie zu werten. Orientierungslosigkeit, Unsicherheit und Normlosigkeit verschlimmern die schwach ausgeprägten assoziativen Fähigkeiten und die Verwundbarkeit der Bevölkerung im Allgemeinen.

Der Mangel an assoziativen Fähigkeiten drückt sich in einem geringen Grad an Eigeninitiative und Selbstorganisation der Bevölkerung in verarmten Bergarbeitersiedlungen aus. Die Initiativen der lokalen Bevölkerung waren zumeist spontane Reaktionen auf Missstände, die jedoch keine Institutionalisierung erfahren haben. In den wenigen Fällen, in denen die Selbstorganisation nachhaltig gelang, wurde sie vor allem durch Frauen getragen.<sup>59</sup> Einige lokale Wissenschaftler argumentieren, dass das aus der sowjetischen Zeit stammende kollektive Bewusstsein die Menschen dazu befähigt, die heutige Notsituation zu meistern.<sup>60</sup> Ande-

53 Ostrov, 29. Januar 2004.

54 AIDS, Website of the Donetsk Society of Assistance for the Aids Infected (2004): [www.aids.donetsk.ua](http://www.aids.donetsk.ua).

55 Ostrov, 15. März 2003.

56 Ostrov, 22. Februar 2003.

57 Janukovič, S. 4–5.

58 Mignews, 8. November 2002.

59 Dies zeigt die Erfahrung der Agentur für Regionalentwicklung „Donbass“, bei der ich 1999 ein mehrmonatiges Praktikum machte. Auch die Aktivitäten des britischen Departement for International Development in Donezk bestätigen diese Behauptung (Interviews mit einem Projektmanager, Donezk 1999 und 2000). Das britisch-ukrainische Projektteam hat sogar die meisten seiner Trainings speziell auf die Weiterbildung von Frauen umgestellt.

60 Interview mit einem Soziologen, Akademie der Wissenschaften, Donezk 1999.

rerseits trifft man nur auf sehr wenige individuelle Aktivitäten oder die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, denn dieses kollektive Bewusstsein geht meist mit paternalistischen Einstellungen und Erwartungen einher. Dies kann man als Erbe der sozialistischen Modernisierung begreifen. Obwohl die sowjetische Politik Industrialisierung, Urbanisierung, Säkularisierung und Bildung förderte, mangelte es dieser Entwicklung an der Herausbildung individueller Werte und Einstellungen, die eine pluralistische, liberale und demokratische Zivilgesellschaft unterfüttern. Somit kann man den Sozialismus als bloße industrielle Entwicklung einer agrarischen Gesellschaft verstehen, ein Phänomen, das Sztompka als „fake modernity“ bezeichnet.<sup>61</sup>

Viele Menschen sind davon überzeugt, dass ihre Probleme und deren Lösung außerhalb ihrer Kontrolle liegen. Sie neigen dazu, andere Personen oder abstrakte Organisationen oder Prozesse für ihr Schicksal verantwortlich zu machen. Auch wenn das oftmals einen realen Hintergrund hat, hält es die Menschen doch davon ab, selbst aktiv zu werden.<sup>62</sup> Tatsächlich beteiligt sich die Bevölkerung kaum an öffentlichen Aktivitäten. Die Anzahl an Mitgliedern in sozialen Organisationen ist sehr gering. Eine Ausnahme bilden die Gewerkschaften, aber auch sie haben mit einem Mitgliederschwund zu kämpfen. Einige Organisationen aus der sowjetischen Phase wie Veteranenvereinigungen und verschiedene Frauenorganisationen bestehen weiterhin. Es gibt auch eine beachtliche Anzahl an Nicht-Regierungsorganisationen, besonders in den größeren Städten. Aber die bloße Tatsache ihrer Registrierung lässt noch keine Aussagen über ihre tatsächlichen Aktivitäten zu. Die lokalen und regionalen Verwaltungen gründen ihre eigenen großen öffentlichen Organisationen, um – so die offizielle Darstellung – die regionale Bevölkerung unter einem gemeinsamen Dach zu vereinigen. Möglicher Wettbewerb zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Organisationen wird oft mit Chaos und Strukturlosigkeit gleichgesetzt,<sup>63</sup> so dass die Wiederbelebung sowjetischer Organisationsprinzipien als gerechtfertigt angesehen wird.

Zugleich haben die sozio-ökonomischen und politischen Veränderungen zu psycho-sozialen Problemen geführt. Während der ersten Streiks im Donbass im Jahr 1989 bezogen sich die Streikenden auf das Prestige der Bergarbeiter, das es zu erneuern und stärken galt. Später traten solche Themen in den Hintergrund, während Lohnrückstände und Umverteilungs-

61 Piotr Sztompka: *Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 2 (1993), S. 85–95. Aufgrund der hohen Löhne war der Donbass eine attraktive Region für (sowjetische) Migranten. Viele Menschen kamen im 19. und 20. Jahrhundert aus verschiedenen Teilen der Ukraine und der Sowjetunion in den Donbass, die Mehrheit von ihnen aus ländlichen Regionen. Häufig waren sie die erste Generation von Arbeitern oder Intellektuellen in ihrer Familie, und ihre Kultur kann weder als städtisch noch als ländlich beschrieben werden (Interview mit einem Soziologen, Akademie der Wissenschaften, Donezk 1999).

62 Barbara Gaciarz/Włodzimierz Pankow: *Transformations of State Owned Enterprises in the Donetsk District: Opportunities and Barriers*, in: Alexandr Lyakh/Włodzimierz Pankow (Hg.): *The Future of Old Industrial Regions in Europe. The Case of Donetsk Region in Ukraine*, Warsaw 1998, S. 77–86, hier S. 78.

63 Diese Ansicht wurde ganz deutlich während eines Interviews mit einem Abteilungsleiter, Akademie der Wissenschaften, Donezk 1999, geäußert.

fragen zu den Hauptsorgen wurden.<sup>64</sup> Die frühere „Aristokratie der Arbeiterklasse“ hat ihr Selbstbewusstsein – vor allem durch einen offiziellen Statusverlust – größtenteils verloren.<sup>65</sup>

In ihrer Selbstwahrnehmung wurden die Opfer, die sie für das System erbracht hatten, nicht durch die Möglichkeit, ein „normales“ oder würdevolles Leben zu führen, anerkannt. Dazu zählte die Möglichkeit, zu arbeiten und Geld zu verdienen, die als eines der wichtigsten Elemente eines normalen Lebens angesehen wurde.<sup>66</sup> Daher wurden nach der Unabhängigkeit auch soziale Forderungen erhoben. Die Arbeiter empfanden den Nicht-Erhalt von Löhnen als beschämend und sahen ihn als eine moralische Missachtung an, auch wenn sie meist nur in Kategorien von Interessen dachten und argumentierten.<sup>67</sup> Ebenso wie der späte sowjetische Staat hielt sich auch der ukrainische nicht an seine Versprechen. Einige antworteten auf den gebrochenen Konsens mit drastischen Maßnahmen wie Hungerstreiks.<sup>68</sup> Viele Bergarbeiter nahmen jedoch den Kampf um Anerkennung und Interessen nicht auf, sondern zeigten Zeichen von Fatalismus. Bisweilen wurden – auch unter dem Druck der Betriebsleitungen – Sicherheitsbestimmungen absichtlich umgangen, um so Produktionsziele und damit verbundene Entlohnungen und Prämien zu erlangen.<sup>69</sup> Zudem existieren im Donbass mehrere Hundert illegale Bergwerke; einige von ihnen sind kaum mehr als Löcher in der Erde, aus denen verzweifte Kumpel heimlich Kohle fördern, meist ohne jegliche technische Ausrüstung und Sicherheitsmaßnahmen.<sup>70</sup>

Wie eine Studie der Weltbank darlegt, ist die Zivilgesellschaft in Bergwerkssiedlungen sehr unterentwickelt; es handelt sich um sehr fragile Gemeinschaften.<sup>71</sup> Während einer Gedenkfeier mit den hinterbliebenen Familienmitgliedern von Bergarbeitern, die bei einem schweren Grubenunglück im Jahr 1998 ums Leben gekommen waren, wurde die anomische Situation und der Mangel an Solidarität in der betroffenen Siedlung greifbar. Die Frauen erzählten unter Tränen über den Unmut von Nachbarn, die neidisch waren auf die (geringfügigen) finanziellen Entschädigungszahlungen, die betroffene Familien von der Bergwerksverwaltung erhalten hatten.<sup>72</sup> Gleichwohl sind diese Anzeichen geringer Solidarität im Lichte

64 Interview mit einem Soziologen, Akademie der Wissenschaften, Donezk 1999.

65 Haney/Shkaratan, S. 31. Nach Aussagen eines Gewerkschaftsführers kann man in Donezk gar nicht tiefer sinken als Bergmann zu sein (Neue Züricher Zeitung, 27. Dezember 2003).

66 Vlad Mykhnenko: State, Society and Protest under Post-Communism: Ukrainian Miners and Their Defeat, in: Cas Mudde/Petr Kopecký (Hg.): *Uncivil Society? Contentious Politics in Eastern Europe*, London/New York 2004, S. 93–113, hier S. 98.

67 Honneth, S. 261.

68 Mykhnenko, S. 104.

69 Andrea Rehmsmeier: *Gesichter Europas. Überleben unter Tage. Die Kohlegruben im Ukrainischen Donez-Becken*, Köln (Radio-Sendung Deutschlandradio, 23. Februar 2002). Jedoch war nach den schweren Bergwerksunglücken im Jahr 2003 und damit verbundenen neuen Vorschriften die Zahl der tödlichen Unfälle rückläufig, vgl. Ostrov, 8. August 2003 und 20. November 2003.

70 Udo Lielischkies: *Die Hölle von Anthrazit. Der Überlebenskampf ukrainischer Bergleute*, Köln: Westdeutscher Rundfunk, 1. Mai 2002 (Fernsehsendung); Aleksandr Miščenko: „Černyj“ Ugol'. in: *Moskovskij Komsomolec v Donbasse*, 2.–9. Juli 2001.

71 Haney/Shkaratan.

72 Gedenkfeier am 3. April 1999, Agentur für Regionalentwicklung „Donbass“, Donezk.

der oben genannten Tatsache zu sehen, dass die meisten Bergarbeiter ihre Löhne oft monatelang nicht erhielten.

Man kann mehrere Erklärungen für diese gesellschaftlichen Schwächen anführen. Ein wichtiger Faktor ist zweifellos die Hungersnot der 1930er Jahre, ein Thema, das im massiv betroffenen Osten der Ukraine heute noch ein Tabu ist.<sup>73</sup> Zusammen mit der frühzeitigen und brutalen Kollektivierung zerstörte die Hungersnot innerhalb kürzester Zeit das (ost-)ukrainische Dorf als Integrationsfaktor, indem sie alle sozialen Bindungen und Praktiken auslöschte. Das Trauma ist so stark, dass es nicht für die Integration der Bevölkerung aktiviert werden kann. Außerdem widerspricht diese Erfahrung auch der weit verbreiteten positiven Einschätzung und Erinnerung der sowjetischen Phase. Auch die stalinistischen Säuberungen der späten 1920er und 1930er Jahre, welche die gerade entstehende eigene Führungselite vernichteten, trugen zur Desintegration bei. Andere Erklärungsfaktoren beziehen sich auf das sowjetische Erbe in Form paternalistischer Haltungen und auf Erwartungen, die an die Rolle von Unternehmen und Kollektiven gerichtet werden.

## Das Unternehmen als Mittelpunkt des Lebens

Wie bereits deutlich wurde, zeichnet sich die Region Donezk durch die Dominanz von Großunternehmen aus. In der Sowjetunion waren große Betriebe in wirtschaftlicher und planerischer Hinsicht einfacher zu kontrollieren und boten zugleich Schutz vor den Unsicherheiten der administrativen Ressourcenallokation. Die Rolle der Betriebe ging weit über die eines Arbeitgebers hinaus. Vor dem Hintergrund der Mangelwirtschaft stellten sie zum Teil Konsumgüter und Dienstleistungen für die Belegschaft zur Verfügung und erfüllten quasi-staatliche Aufgaben. Als Ort sowohl der Kontrolle als auch der Selbstverwirklichung prägten die sowjetischen Betriebe das Leben und die Identität der Arbeiter. So charakterisiert Ericson die Betriebe als vollständige und relativ geschlossene soziale Einheiten, die das politische, wirtschaftliche und soziale Leben aller Angestellten umfassten.<sup>74</sup> Die Betriebe, oder präziser gesagt, die Kollektive waren der Kern des täglichen Lebens, und das Privat- und Berufsleben waren nicht voneinander zu trennen. Zugleich dienten die Betriebe der politischen und sozialen Kontrolle der Arbeiterschaft.<sup>75</sup> In diesem Kontext entstanden kaum

73 Interviews über Familien- und Lokalgeschichte im Donbass (Agentstvo Regional'nogo Razvitiya „Donbass“: Žiznennye Strategii Graždan Donbassa: Perechnoe Sostožanie. Donezk 2000) zeigten, dass jüngere Generationen sehr wenig über das Leben ihrer Eltern und Großeltern wissen. Die Hungersnot wurde in keinem einzigen der veröffentlichten Interviews erwähnt. Obwohl zahlreiche Bewohner des heutigen Donezk Opfer und Überlebende der Katastrophe zu ihren Angehörigen zählen, findet man weder in den regionalen Medien noch in den von mir durchgeführten Interviews Hinweise darauf. Auch im Regionalmuseum wurde erst Ende der 1990er Jahre inmitten des überaus sowjetisch anmutenden Ambientes ein wie ein Fremdkörper wirkendes Monument errichtet, das an die Opfer der Hungersnot erinnert.

74 Richard E. Ericson: *The Post-Soviet Russian Economic System: An Industrial Feudalism?*, Stockholm School of Economics, 1999.

75 Dies geschah vor allem durch den gewerkschaftlichen Transmissionsriemen sowie die Anwesenheit von Parteisekretären und den Geheimdienst im Betrieb Joseph S. Berliner: *Factory and Manager in the*

alternative soziale Bindungen, die sich heute als tragfähig erweisen könnten.<sup>76</sup> Der sowjetische Unternehmenspaternalismus war kein betriebsspezifischer Managementstil, sondern integraler Bestandteil des wirtschaftlichen Systems. Er allein gewährte Zugang zu spezifischen (und meist knappen) Gütern und Dienstleistungen, so dass das individuelle Wohlergehen vom Arbeitsplatz abhängig war. Der Paternalismus war allerdings nicht regelgebunden, sondern persönlich, partikularistisch und willkürlich.<sup>77</sup> Das Kollektiv bestimmte das Leben der Arbeiter, und der Betrieb trug gleichermaßen zur Inkorporierung und Atomisierung der Arbeiterschaft bei. Es war ein entfremdeter und symbolischer Kollektivismus, da das Kollektiv nicht durch die Selbst-Organisation der Arbeiter zustande kam, sondern von oben erdacht und verordnet wurde. Die Arbeiter waren vom Management abhängig, von dem sie die Verteidigung der Belegschaft gegen Bedrohungen von außen erwarteten. Gleichzeitig hatten die Strategien innerhalb der Betriebe individuierende Effekte.<sup>78</sup> Obwohl die Löhne zentral festgelegt wurden, verfügten einzelne Kategorien von Arbeitern aufgrund des Arbeitskräftemangels und des Drucks zur Planerfüllung über individuelle Verhandlungsmöglichkeiten auf der Betriebsebene. Diese Fragmentierung und Atomisierung der Belegschaft blockierte das assoziative Potential, und die wenigen Erfolg versprechenden Bemühungen wurden durch die Betriebsleitung und die Parteiorganisationen unterdrückt. In diesem Zusammenhang spielten auch die Gewerkschaften eine zentrale Rolle. Auch sie waren von oben geschaffen, und ihre Basisorganisationen auf der Betriebsebene waren in Wirklichkeit Teil der Betriebsleitung. Ihre Aufgaben umfassten die Verteilung sozialer Dienstleistungen, die Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin sowie die Mitwirkung bei der Planerfüllung.<sup>79</sup>

Obwohl die freie Wahl des Wohn- und Arbeitsplatzes heute gesetzlich garantiert ist, bleiben viele Menschen doch wegen der Sozialleistungen und nicht zuletzt durch die Lohnrückstände, auf die sie sonst den Anspruch aufgeben würden, an ihre bisherige Arbeits- und Wohnstätte gebunden.<sup>80</sup> Diese Bindung wird gestärkt durch das Fehlen anderer Mechanismen der sozialen Unterstützung. In vielen Großbetrieben – sowohl in staatlichen als auch in privatisierten – hat sich das Verhältnis der Arbeiter zum Betrieb nicht wirklich geändert, sieht man von den sich verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen ab. Die Betriebe spielen weiterhin die zentrale Rolle im Leben der Menschen, stellen Sozialleistungen zur Verfügung und bieten Zugang zu Netzwerken.<sup>81</sup> Einige Betriebe bezahlen ihre Arbeiter in Naturalien. Letztendlich stellen sie Subsistenzmittel zur Verfügung oder eröffnen den

USSR, Cambridge 1957; Merle Fainsod: *How Russia Is Ruled*, Cambridge 1963.

76 Haney/Shkaratan.

77 Sarah Ashwin: *Endless Patience. Explaining Soviet and Post-Soviet Social Stability*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 2 (1998), S. 187–198.

78 Ashwin: *Endless Patience*.

79 Fainsod, Kapitel 15.

80 Wanner/Dudwick, S. 279.

81 Haney/Shkaratan.

Zugang zu solchen in Form von Anbauflächen für den privaten Bedarf.<sup>82</sup> Diese Dekommodifizierung der Arbeit bezeichnete Prizel als moderne Form der „städtischen Leibeigenschaft“ (urban serfdom).<sup>83</sup> Die Angst der Beschäftigten vor Arbeitslosigkeit, die schwierige finanzielle Lage der Betriebe sowie die paternalistische Haltung zahlreicher (alter) Direktoren binden das Management und die Belegschaft aneinander. Das wird im Kohlektor besonders deutlich. Nur wenn Arbeitsbedingungen thematisiert werden, finden die Gewerkschaften einen Gegner auf der Betriebsebene. Andernfalls handeln sie gemeinsam mit dem Management in Opposition zum Staat und fordern Subventionen und andere vorteilhafte Bedingungen für den eigenen Betrieb. Durch selektive „Geschenke“ an einzelne Unternehmen und Gewerkschaftsorganisationen untergräbt die Regierung die Solidarität der Arbeiter und fördert quasi-betriebssyndikalistische Tendenzen. Dies wird verstärkt durch das staatliche Schließungsprogramm, das die Bergwerke – je nach Überlebensfähigkeit – in vier Kategorien einteilt. Das Abschneiden der jeweiligen Zeche hängt von der Verhandlungsstärke und den Kontakten des Direktors ab. Durch seinen „Kampf“ bestätigt er die Erwartung des Arbeitskollektivs nach Verteidigung des Betriebs.

Der Mangel an Arbeitsmobilität – sowohl zwischen Berufen als auch räumlich – ist im Kohlektor besonders ausgeprägt. Hier scheint die Identifikation der Arbeiter mit dem Betrieb oder dem Sektor sowie der Siedlung besonders stark zu sein.<sup>84</sup> Ihre Familien leben und arbeiten zum Teil seit mehreren Generationen in diesen Siedlungen. Wenige Arbeiter haben eine Vorstellung davon, wie und wo sie eine neue Beschäftigung finden können.<sup>85</sup> Sie hoffen, dass im Falle einer Bergwerksschließung die Regierung neue Bergwerke oder andere Industriebetriebe eröffnen wird, die ihnen Arbeit geben.<sup>86</sup>

In der Region Donezk ist nichts Vergleichbares entstanden wie das, was Stark für das spätsozialistische Ungarn beschrieben hat.<sup>87</sup> Durch die Bildung von „wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften im Betrieb“ – die Einbindung der zweiten Wirtschaft in die offizielle – entstand dort eine „organisatorische Reflexivität“ unter den Mitarbeitern. Sie konnten aufgrund der institutionellen Trennung und zugleich räumlichen Nähe Unterschiede zwischen den Staatsbetrieben und der in abweichender Form organisierten Arbeit wahrneh-

82 Lawrence King: Postcommunist Divergence: A Comparative Analysis of the Transition to Capitalism in Poland and Russia, in: *Studies in Comparative International Development* 3 (2002), S. 3–34.

83 Ilya Prizel: Ukraine's Hollow Decade, in: *East European Politics and Societies* 2 (2002), S. 363–385.

84 Irene Novak: Problems of Social Assurance of Citizens and Maintenance of Social Infrastructure of the Regions Which Are Subject to Restructuring, in: Alexandr Lyakh/Włodzimierz Pankow (Hg.): *The Future of Old Industrial Regions in Europe. The Case of Donetsk Region in Ukraine*, Warsaw 1998, S. 99–115, hier S. 105–106.

85 Novak, S. 100.

86 Während einer von mir besuchten Informationsveranstaltung der Agentur für Regionalentwicklung „Donbass“ in einer ehemaligen Bergarbeitersiedlung in der Nähe der Stadt Stachanov (Oblast' Lugansk) im Frühjahr 1999 wurde deutlich, dass die nach der Schließung des Bergwerks verbliebenen Bewohner immer noch darauf hofften, dass die Regierung „etwas für sie tun wird“, obwohl sie im Grunde wussten, dass sich diese Hoffnung nicht erfüllen wird.

87 David Stark: Coexisting Organizational Forms in Hungary's Emerging Mixed Economy, in: Victor Nee/David Stark (Hg.): *Remaking the Economic Institutions of Socialism. China and Eastern Europe*, Stanford 1989, S. 137–168.



men und bewerten. Ihre eigenen Erfahrungen beinhalteten zwei unterschiedliche Modelle, die Diskurse prägten und den Wunsch nach Veränderungen nach sich zogen. Diese Entwicklung blieb in der Ukraine aus.<sup>88</sup> Die Arbeiter kritisieren heute möglicherweise die Funktionsweise der Großbetriebe, gleichwohl fehlt ihnen ein Referenzmodell, so dass eine prinzipielle Ablehnung des Systems nicht möglich ist, sondern Kritik sich immer im Rahmen des Faktischen bewegt.<sup>89</sup>

Auf Betriebsebene gelang es den Gewerkschaften nicht, ihre Unabhängigkeit vom Management zu erreichen. Die Steigerung der Produktion sowie die Verbesserung der Arbeitsdisziplin bleiben ihre zentralen Aufgaben.<sup>90</sup> Die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens im Betrieb entlarvt und reproduziert die Schwäche der Gewerkschaften sowie ihre Entfremdung von den Mitgliedern. Sie bleiben vorwiegend die Sozial- und Wohlfahrtsabteilung einer autoritär-paternalistischen Betriebsverwaltung.<sup>91</sup> Interviews mit Funktionären der staatlichen Bergarbeitergewerkschaft auf Betriebsebene zeigten, dass sie ihre Rolle weiterhin in der Vermittlung von Reisegutscheinen (*putevki*) und sozialen Dienstleistungen sehen. Die Abhängigkeit der Gewerkschaftskomitees vom Betriebsmanagement wird dadurch verschärft, dass das Unternehmen normalerweise alle Sozialleistungen finanziert und sie jederzeit widerrufen kann, um so die Legitimität des Gewerkschaftskomitees in den Augen der Mitglieder zu schwächen. Da die alten Gewerkschaften Arbeiter und Management umfassen, berauben sie sich der Möglichkeit zur Vertretung von Klasseninteressen. Stattdessen treten regelmäßig Betriebsinteressen in den Vordergrund. Während einer Bergwerksbesichtigung erzählte der Chefingenieur von der bevorstehenden Demonstration (aufgrund der Lohnrückstände) vor dem Gebäude der Oblast'-Verwaltung und fügte hinzu:

88 Die Möglichkeit der Gründung von Kooperativen Ende der 1980er Jahre wurde von den Arbeitern ausschließlich als Bereicherungsstrategie des Managements wahrgenommen und bot so kein Referenzmodell für die Belegschaften, vgl. Wittkowsky, S. 41.

89 Eine von mir beobachtete Gesprächsrunde zwischen Funktionären der staatlichen Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine und Vertretern der polnischen *Solidarność* (aus Katowice) im Herbst 1999 in Donezk machte diesen Unterschied deutlich. Die ukrainischen Teilnehmer beklagten sich über die desolate Lage und die Arbeitsbedingungen, waren aber nicht in Lage, ihre eigene Rolle in diesem System zu reflektieren, geschweige denn, sie in Frage zu stellen.

90 In einem Betrieb konkurrieren häufig mehrere Gewerkschaften um Mitglieder und die Vertretungsvollmacht gegenüber den Arbeitgebern. Im Kohlektor dominieren die konservativen staatlichen Gewerkschaften, die aus den sowjetischen „Transmissionsriemen“ hervorgegangen sind.

91 Ähnliche Entwicklungen hat Sarah Ashwin (*Social Partnership or a ‚Complete Sellout‘? Russian Trade Unions’ Responses to Conflict*, in: *British Journal of Industrial Relations*, 1 (2004), S. 23–46) für russische Gewerkschaften verschiedener Branchen auf betrieblicher Ebene beschrieben. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Gewerkschaften dabei immer der schwächere Verhandlungspartner sind und tatsächliche Konflikte so gar nicht erst auftauchen. Das schafft aber auch kein Klima, in dem es zu Innovationen auf der betrieblichen Ebene kommt. Gewerkschaften halten am Status quo fest, um ihr eigenes Überleben zu sichern. Ashwin stellt außerdem hohe Barrieren für kollektives Handeln fest, da die Verbindungen zwischen Arbeitern und Verwaltung immer persönlich und nie regelgebunden waren. Die Gewerkschaftskomitees selbst greifen auf bürokratische Wege der Konfliktlösung zurück, verändern dabei aber nicht das Verhältnis zwischen Arbeitern und Management. Das Verständnis von „Sozialpartnerschaft“ beruht vor allem auf Ausgleich, so dass Konflikte von vornherein vermieden werden.

„Wir werden auch dort sein.“ In den meisten Fällen haben das Management und die Gewerkschaft ihren gemeinsamen „Feind“ und/oder das Ziel von Lobbyarbeit im Staat gefunden, von dem sie die Subventionierung des Kohlesektors fordern.

Das Denken und Urteilen im Sinne von Kollektiv- und Betriebsinteressen wird durch eine kleine Geschichte verdeutlicht, die auch zeigt, dass diese Haltung nicht auf den Kohlektor beschränkt ist, sondern ein generelles Phänomen darstellt. Ein Privatunternehmer berichtete vom Versuch der Gründung einer Gewerkschaft in seinem Betrieb:

„Sie kamen zu mir und sagten: ‚Lass uns eine Gewerkschaft gründen.‘ Sie kamen zu mir – dem Arbeitgeber – mit dem Vorschlag, eine Gewerkschaft zu gründen. Ich sagte: ‚Leute, nein, ich widerspreche Euch nicht. Wenn Ihr wollt, dann gründet eine Gewerkschaft. Aber wie kann ich daran teilnehmen, wie kann ich die Gewerkschaft gründen, die gegen mich kämpfen soll?‘ ‚Nein‘, sagten sie, ‚das ist nicht der Grund. Warum sollten wir kämpfen? Du bist ein prima Kerl. Wir werden eine Gewerkschaftsorganisation sein, um ein Prozent der Löhne einzuziehen, und dann transferieren wir das Geld an unsere Organisation und wir können das Geld irgendwie verwenden.“<sup>92</sup>

## Gewerkschaften zwischen gestern und morgen

Die Bergarbeitergewerkschaften im Donbass sind vor dem Hintergrund des Rückgangs der Industrie, der regionalen Machtsicherung und der schwachen Gesellschaft zu betrachten. Im Folgenden soll der Charakter der formalen Organisationen dargestellt werden, um dann das Selbstverständnis der Gewerkschaftsakteure und das Verhältnis zur regionalen Machtelite als entscheidende Faktoren zu erörtern. Die postsowjetische ukrainische Gewerkschaftsbewegung ist – vereinfacht gesehen – in zwei Gruppen gespalten: die vergleichsweise mitgliederstarken postsowjetischen und die viel kleineren unabhängigen Gewerkschaften, die zum Teil aus der Streikbewegung 1989–1991 hervorgegangen sind. Im Kohlektor werden diese beiden Gruppen durch die Gewerkschaft der Arbeiter der Kohleindustrie (Profsojuz Rabočich Ugol'noj Promyšlennosti Ukrainy, PRUP) und die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine (Nesavissimyj Profsojuz Gornjakov Ukrainy, NPGU), die offiziell 1992 gegründet wurde, vertreten. Diese beiden Organisationen stehen in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, das unter anderem durch unterschiedliche ideologisch-programmatische Standpunkte gekennzeichnet ist.

Trotz der zuvor beschriebenen Mobilisierungsphase in den Jahren 1989 bis 1991 blieben die ukrainischen Gewerkschaften schwach. Die tiefer liegenden Gründe differieren strukturell für die alten (postsowjetischen) und die neuen Gewerkschaften und sind nicht zuletzt in ihrem Konkurrenzverhältnis begründet. Bei den alten Gewerkschaften spielt das sowjetische Erbe eine zentrale Rolle. Als Rechtsnachfolger der sowjetischen „Transmissionsriemen“ erstrebten sie die Sicherung des nicht unbeträchtlichen Vermögens der sowjetischen Gewerkschaften und des sozialen Sicherungssystems. Heute sind die Renten- und Sozialversiche-

rung zwar in staatlicher Hand, die alten Gewerkschaftsstrukturen behielten aber lange die reale Kontrolle über die Sozialversicherung, die de facto auf Betriebsebene blieb. Dies erklärt auch ihre Loyalität zur Regierung unter Präsident Kučma, denn der rechtliche Status des Eigentums der Föderation der Gewerkschaften war nicht eindeutig gesichert.<sup>93</sup> Die postsovjetschen Gewerkschaften bestreiten ihren Etat bis heute nur unmaßgeblich aus Mitgliedsbeiträgen, der größte Teil ihrer Einnahmen entspringt der Wirtschaftstätigkeit, die auf ihrem Anlagevermögen fußt. Ein sich selbst reproduzierender Apparat gestattet es den Funktionären, unabhängig von den Interessen der Mitglieder eigene Ziele zu verfolgen. Ihren politischen Status erlangen sie durch Formen von Tripartismus, d. h. die Beratungen und Verhandlungen zwischen Arbeitnehmervertretern, Arbeitgebern und dem Staat, was zudem die Einbindung der Funktionäre in informelle Netzwerke stärkt. Das Hauptelement der Sozialpartnerschaft sind kollektive Verträge zwischen den Gewerkschaften, der Föderation der Industriellen und Unternehmer und dem Staat. Regionale Gewerkschaftsräte schließen ähnliche Vereinbarungen auf regionaler Ebene ab. Da Lohnbildung aber primär in den Betrieben erfolgt und tripartistische Vereinbarungen selten umgesetzt werden, sind Gewerkschaften de facto nicht in die Lohnbildung einbezogen. Überdies erwiesen sich tripartistische Vereinbarungen als unwirksam, solange der Staat Eigentümer zahlreicher Großbetriebe ist oder erhebliche Anteile an anderen, formell privatisierten Betrieben hält. Sie bleiben substanzlos, wenn Arbeitgeber bzw. Direktoren zugleich Gewerkschaftsmitglieder sind und somit die Interessensgegensätze diffus bleiben.

Branchengewerkschaften wie die PRUP sind vertikal organisiert mit Basisorganisationen auf der Betriebsebene, regionalen Organisationen (Komitees) und schließlich einer Organisation auf der nationalen Ebene. Auf der nationalen Ebene bestanden Ende der 1990er Jahre 13 Gewerkschaftsföderationen mit 73 Einzelgewerkschaften sowie 15 autonome Gewerkschaften. Die größte Vereinigung ist die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine, die 1999 17,7 Millionen Mitglieder zählte. Sie hat ihre Wurzeln in den sowjetischen Gewerkschaftsorganisationen, ist in der gesamten Ukraine vertreten und zählt sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber (meist Rote Direktoren oder Manager) zu ihren Mitgliedern. Seit 1991 haben ihre Mitgliedsgewerkschaften keinen einzigen Streik organisiert, mit Ausnahme der Bergarbeitergewerkschaft, die damit aber Gegenmaßnahmen gegen unkontrollierte Eskalationen ergriff. Die meisten Gewerkschaftsmitglieder verhalten sich passiv, und ihre Anführer kooperierten lange Zeit mit linken Parteien (meist den Kommunisten), mit denen sie Interessenübereinstimmungen bei Fragen der Wirtschaftsreformen und der Privatisierung fanden. Inzwischen wurden jedoch einige von ihnen von der „Partei der Macht“ kooptiert.<sup>94</sup> In den 1990er Jahren wurden die meisten Streiks ausgerufen, um Lohnrückstände einzufor-

93 Paul Kubicek: *Unbroken Ties: The State, Interest Associations, and Corporatism in Post-Soviet Ukraine*, Ann Arbor 1999.

94 So war der Vorsitzende der Föderation der Gewerkschaften der Ukraine Aleksandr Stojan von 2002–2006 Abgeordneter der Verchovna Rada und dort Mitglied der Fraktion der Partei der Regionen der Ukraine, obwohl er ursprünglich auf der Wahlliste von Unsere Ukraine stand (Verchovna Rada, Website (2004). Auch der Vorsitzende der PRUP, Viktor Turmanov, war von 2002–2006 Mitglied der Fraktion der Partei der Regionen, vgl. Verchovna Rada, Website: <www.rada.gov.ua>.

dern.<sup>95</sup> Die zweite große Gruppe von Gewerkschaften ist die Konföderation der Freien Gewerkschaften in der Ukraine (bis 1998: Föderation der Freien Gewerkschaften in der Ukraine) mit etwa 100.000 Mitgliedern und neun Branchengewerkschaften.

Dachverbände bestehen auch auf der regionalen Ebene. In der Region Donezk überlebte der Regionale Gewerkschaftsrat, der bereits in den 1920er Jahren gegründet wurde, den Zerfall der Sowjetunion. Er umfasst 45 regionale Branchengewerkschaften. Nach Aussage eines Vertreters des Rates nimmt dieser Funktionen wahr, die über die Aufgaben der Branchengewerkschaften hinausgehen. Vertreter des Rates stehen in Konsultationen mit der Staatlichen Regionalverwaltung und regionalen Arbeitgebern; sie sind in allen Kommissionen der Regionalverwaltung vertreten, in denen beschäftigungsrelevante Themen erörtert werden. Mein Interviewpartner<sup>96</sup> hob die Aufgaben des Rates bei der Verteidigung der sozioökonomischen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder hervor, für die sich sonst niemand verantwortlich fühlte. Der Rat selbst konnte dabei zwar nur mäßige Erfolge verzeichnen, aber nach den Ausführungen meines Interviewpartners wäre die Situation ohne diesen noch prekärer. Der Rat finanziert sich offiziell vor allem aus Mitgliedsbeiträgen; diese Mittel decken aber kaum die Kosten der grundlegenden Arbeiten. Gleichwohl logiert der Rat in einem neuen Gebäude im Zentrum von Donezk, direkt hinter dem ehemaligen Ministerium für die Kohleindustrie am Lenin-Platz. Um dieses Bauwerk rankt sich eine bemerkenswerte Geschichte, die mir der Ratsvertreter voller Stolz erzählte:

„Die Tatsache, dass Sie hier etwas so Schönes sehen, ist nicht den Mitteln der Gewerkschaft geschuldet. Dieses große Gebäude war zu sowjetischen Zeiten im Bau. Als ich Funktionär des Regionalrats der Gewerkschaften wurde, bestand dieses Gebäude bereits seit etwa 12 Jahren ohne Dach und es fiel in sich zusammen. Wir suchten nach Partnern und fanden einen: die Firma RosUkr. Sie erschien uns solide, da sich unter ihren Betrieben solche befanden wie das Röhrenwerk Charcysk, das Kombinat Azovstal', das Zsjad'ko Bergwerk und so weiter. Und wir wurden gemeinsame Besitzer. Wir hatten das unfertige Gebäude. Sie haben die Arbeiten beendet und es mit Möbeln, Ausrüstung und allem Notwendigen ausgestattet, und wir übertrugen ihnen einen Teil des Eigentums. 45 Prozent dieses Gebäudes gehören uns und 55 Prozent waren für ihren Beitrag. Wir haben hier keine einzige Kopeke Gewerkschaftsgeld ausgegeben.“<sup>97</sup>

Die Allianz mit RosUkr, einem Industrie- und Investmentunternehmen, das 1995 gegründet wurde<sup>98</sup>, und den mit ihm verbundenen Betrieben verweist eindeutig auf die engen Bezie-

95 Michael Dauderstädt: Gewerkschaften und Arbeitsmarkt in Osteuropa und Zentralasien, Friedrich Ebert-Stiftung: Politikinformation Osteuropa 79 (1999).

96 Interview mit einem Vertreter des Regionalen Gewerkschaftsrates, Donezk 2000.

97 Ebd.

98 RosUkr betätigt sich im Energiehandel, importiert und exportiert Rohstoffe und akquiriert Investitionen in den Grundstoffindustrien <[www.ukrainebiz.com/companiesUKR/rosukr.htm](http://www.ukrainebiz.com/companiesUKR/rosukr.htm)>.

hungen des Gewerkschaftsrats zu den regionalen Machtstrukturen.<sup>99</sup> Zudem zeigt die Geschichte auf, wie ein Industrieunternehmen „günstig“ Grundbesitz mitten im Zentrum der Stadt „erwerben“ kann.

Im Gegensatz dazu gehören die neuen, unabhängigen Gewerkschaften wie die NPGU zu den marginalisierten Akteuren. Ihre Anführer stammen nicht aus Nomenklatura-Kreisen, sondern vorwiegend aus der Arbeiterschaft selbst. Management-Personal ist von der Mitgliedschaft explizit ausgeschlossen, da dies nach Ansicht der Gewerkschaftsführung der Grundidee einer Gewerkschaft zuwider läuft. Die Existenz der Gewerkschaft gründet sich auf die freiwillige und willentliche Beitrittsentscheidung – im Gegensatz zu den alten Gewerkschaften, die einfach den Mitgliederbestand aus Sowjetzeiten übernahmen. Die neuen Gewerkschaften können nur in begrenztem Maße jene unmittelbare Unterstützung leisten, die (potenzielle) Mitglieder erwarten. Die NPGU leidet an der unzureichenden Assoziationsfähigkeit der Arbeiterschaft, die meist in Kategorien von Betriebsinteressen und nicht in Klasseninteressen denkt. Ferner sind die unabhängigen Gewerkschaften und ihre Funktionäre vielfach Repressionen ausgesetzt. Die NPGU verfolgt im Wesentlichen die Strategie, ihre Ziele auf dem Rechtsweg zu erreichen, auch wenn Streiks als statthaftes Protestmittel angesehen werden. Die Gewerkschaft scheint relativ wenig klientelistisch organisiert; insbesondere unterhält sie keine „alten“ Kontakte nach Kiew oder zu anderen Machtzentren, was in den Interviews aber auch nicht als Missstand oder Problem gedeutet wurde. Dennoch sind die lokalen Funktionäre am Fortbestand des Kohlesektors interessiert und verlangen Subventionen sowie Nachbesserungen bei der Politik der Zechenschließungen. Sie kritisieren die Regierung für ihre Unaufrichtigkeit:

„Die Regierung erklärt scheinheilig, dass die Kohle die Hauptenergiequelle der Ukraine ist und die Basis für unsere Wirtschaft, und dass sie alles tun werden, um sie zu entwickeln und wieder aufzubauen – all dies sind nichts als Worte. In Wirklichkeit wird alles genau anders herum gemacht.“<sup>100</sup>

Im Jahr 2002 schloss sich die NPGU der sogenannten ukrainischen Opposition an. Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Mihail Volyneč, wurde im März 2002 Abgeordneter der Verchovna Rada und gehört seither dem Block von Julija Timošenko an.

Bisher wurden strukturelle und interne Probleme des kollektiven Handelns auf Seiten der Gewerkschaften benannt. Zur Erklärung der Wirkungslosigkeit gewerkschaftlichen Handelns müssen aber die Rolle und Strategie der Donezker Machtelite berücksichtigt werden, die zur Festigung des Status quo die umfassende Kontrolle der Gesellschaft benötigt. Um die Opposition auf der lokalen und regionalen Ebene zu begrenzen oder gar völlig aus-

99 Der Vorsitzende des Regionalen Gewerkschaftsrates Vasil' Chara ist zugleich Abgeordneter in der Verchovna Rada. Obwohl er parteilos war, gehörte er von 1998–2002 der Kommunistischen Fraktion an. In den Legislaturperioden von 2002–2006 und 2006–2007 war er Mitglied der Fraktion der Region der Ukraine, vgl. Verchovna Rada, Website: <[www.rada.gov.ua](http://www.rada.gov.ua)>; auch im neuen Parlament gehört er dieser Fraktion an.

100 Interview mit drei Vertretern der NPGU, Donezk 2000.

zuschalten, greift sie vornehmlich auf zwei Praktiken zurück: Kooptation und Marginalisierung. Akteure, die zu unabhängig geworden sind und sich anschicken, ihre eigene Machtbasis zu schaffen, werden oftmals in den Kreis der wichtigen Akteure kooptiert und damit unschädlich gemacht. Andere, die nicht willens sind zurückzuweichen, werden zunehmend häufiger marginalisiert und unterdrückt. Zu den Methoden zählen selektive Rechtsanwendung sowie offene Gewalt, aber zunehmend ist auch die bloße Androhung von Gewalt wirksam.

## Zuckerbrot und Peitsche

Gewerkschaften sind ein exzellentes Beispiel sowohl für Kooptation als auch für Marginalisierung. Wie zuvor erwähnt, sind Gewerkschaften in der Ukraine schwache Kollektivakteure, auch wenn sie immer noch Streiks durchführen können. Die Gewerkschaften werden entweder von mächtigen regionalen oder zentralen Akteuren aus dem wirtschaftlichen oder politischen Bereich manipuliert oder marginalisiert, wenn sie ihre Unabhängigkeit bewahren. Die Schwäche der Gewerkschaften und die starke Rolle der Direktoren und staatlicher Einrichtungen offenbarten sich in den beiden großen Streikwellen nach der Unabhängigkeit. Der Bergarbeiterstreik im Sommer 1993 entwickelte sich spontan als Reaktion auf die Verschlechterung der sozioökonomischen Lage. Zudem wurden die Hoffnungen zerschlagen, welche die Bevölkerung des Donbass an die nationale Unabhängigkeit geknüpft hatte. Der erwartete Wohlstandsgewinn blieb aus, und die meist russischsprachige Bevölkerung empfand die proklamierte Ukrainisierungspolitik als Bedrohung ihrer eigenen Lebenspraxis. In diesem Augenblick betraten die regionalen Eliten die Bühne, die – scheinbar – die Anliegen der Bergarbeiter beförderten. Die Streiks schienen sich in regionalen Protest zu verwandeln. Zunächst war dies förderlich, weil es eine breitere Koalition schuf, aber die Forderungen der Bergarbeiter wurden verwischt.<sup>101</sup> Die Donezker Elite nutzte die Unzufriedenheit und instrumentalisierte die Bergarbeiter, die 1993 gegen Reformvorstöße der Zentralregierung protestierten und Neuwahlen von Präsident und Parlament für das Jahr 1994 erzwangen.<sup>102</sup> Der Protest wurde von den Direktoren instrumentalisiert und übernommen. Nicht die Bergarbeiter, sondern die Direktoren formulierten die wirtschaftlichen Forderungen und erwirkten die größten Konzessionen seitens der Regierung. Die politischen Forderungen der Streikenden waren ausnahmslos negativer Art (sie forderten beispielsweise die Abberufung all jener, die für die bisherige Politik verantwortlich zeichneten), beinhalteten aber kaum programmatische Elemente. Weder die Streikkomitees noch die unabhängige Bergarbeitergewerkschaft NPGU konnten institutionelle Arrangements für die Interessenartikulation der Bergarbeiter zur Verfügung stellen.<sup>103</sup> Zugleich übernahmen einzelne Personen politische Ämter in Kiew. 1993 wurde eine „Donbass“-Regierung gebildet: Der Bergwerksdirektor

101 Mykhnenko.

102 Wittkowsky, S. 90 u. S. 106–109.

103 Vadim Borisov/Simon Clarke: Reform and Revolution in the Communist National Park? in: *Capital and Class* 1 (1994), S. 9–14.

und Donezker Bürgermeister Efim Zvjahil'skij wurde Premierminister und Valentin Landyk, ein weiterer Donezker „Roter Direktor“, sein Stellvertreter. Bereits 1994 wurden sie entlassen, Zvjahil'skij wurde der Korruption beschuldigt.

Während der Krise im Kohlesektor bauten die Bergwerke massenhaft Schulden gegenüber dem Staat, Zulieferern und nicht zuletzt gegenüber den eigenen Arbeitern auf. Dies führte 1996 zu einer zweiten Streikwelle. Die NPGU rief aufgrund der Lohnrückstände einen Streik aus, der sich in einen Massenprotest verwandelte. Stärker noch als 1993 stellte sich die regionale Verwaltung auf die Seite der Bergarbeiter. Die Zentralregierung griff hart durch: Ende 1996 entließ Kučma den Donezker Gouverneur Volodymyr Ščerban' und begründete diesen Schritt mit dem Vorwurf der Inkompetenz, des Missbrauchs staatlicher Gelder und der Anzettelung eines Bergarbeiterstreiks, um so noch weiter reichende Autonomierechte für die Region zu erhalten. Den Streik beendete die Zentralregierung durch die Tilgung eines Monatslohns und schloss ein Abkommen über die Auszahlung der ausstehenden Löhne mit der postsowjetischen Gewerkschaft PRUP ab, obwohl diese gar nicht am Streik beteiligt gewesen war. Drei führende Funktionäre der NPGU wurden festgenommen und gegen 42 Gewerkschafter wurden Strafverfahren eingeleitet. Zudem wurden der PRUP 1,1 Millionen US Dollar überwiesen, die sich deren Funktionäre privat aneigneten. Im Sommer 1998 versuchte die PRUP ihre unabhängigen Konkurrenten bei der Arbeit zu stören und erfuhr erneut Unterstützung durch die Regierung sowie die Beförderung einiger ihrer Anführer.<sup>104</sup>

Aber auch auf regionaler Ebene wurde mit den Gewerkschaften „gespielt“. Staatliche Akteure unterbanden die eigenständige Tätigkeit der Organisationen und spalteten die Gewerkschaften weiter. Ein Mitarbeiter der Donezker Oblast'-Verwaltung stellte die Kooperation mit den Gewerkschaften in Kategorien paternalistischer Inklusion und Instrumentalisierung dar:

„Wenn sie Aktionen organisieren, informieren sie zuerst uns als lokale Behörden. Sie teilen uns mit, wann sie hierher kommen, um zu streiken. Wir arbeiten vor allem mit den Gewerkschaftsfunktionären. Wir laden sie ein, sie tragen uns ihre Forderungen und Bedürfnisse vor. Es gibt ein Protokoll: was wir tun und was sie tun. Dann erfüllt jeder seine Aufgaben. Vor zwei Wochen versammelten wir die Direktoren der Bergwerke und die Vorsitzenden der Gewerkschaftskomitees,<sup>105</sup> um den Haushalt für das kommende Jahr zu entwickeln. Wir unterbreiten unsere Forderungen und Anliegen dem Energieministerium, dem Präsidenten, der Regierung, dem Parlament. Aus unserer Sicht schreiben wir, dass die Kohleindustrie mindestens vier Milliarden Hryvnja im kommenden Jahr benötigt. Hier finden wir Gemeinsamkeiten. Wenn wir sehen, dass der Stillstand der Bergwerke negativ ist, dann bitten wir darum, solche Aktionen einen Tag lang durchzu-

104 Dauderstädt. Wie bereits erwähnt, war der Leiter der PRUP, Viktor Turmanov, als Abgeordneter der Verchovna Rada von 2002–2006 Mitglied der Fraktion der Partei der Regionen, also der regionalen „Partei der Macht“.

105 Diese Gewerkschaftskomitees auf Betriebsebene werden meist von der PRUP besetzt.

führen und nicht eine Woche lang. Ja, es ist notwendig zu streiken. Wir verstehen, dass es manchmal notwendig ist, der Regierung, dem Parlament und dem Präsidenten zu zeigen, dass es Probleme in der Kohleindustrie gibt und geben wird.“<sup>106</sup>

Die Funktionäre der PRUP werden kooptiert und instrumentalisiert. Sie sind häufig Abgeordnete der regionalen Partei der Macht, der Partei der Regionen der Ukraine. In einer völlig anderen Situation befindet sich die unabhängige Bergarbeitergewerkschaft NPGU. Während eines Interviews schilderten Funktionäre der NPGU in Donezk ihre prekäre Situation. Die postsowjetische Gewerkschaft PRUP versucht – in Kooperation mit und manipuliert durch lokale Behörden –, die unabhängige Gewerkschaft zu marginalisieren:

„Sie reagieren einfach nicht auf unsere Angebote, sie wollen nicht mit uns kooperieren – sie fürchten uns. Sie wissen, dass sie sich vor den Behörden kompromittieren, wenn sie mit uns in Kontakt treten. Anfangs haben sie versucht, uns zu überwachen, uns zu kontrollieren. Aber von Beginn an hat sich unsere Gewerkschaft entschlossen gezeigt, keine [faulen] Kompromisse einzugehen. Wir sind tolerante Leute, wir können Kompromisse finden, wenn es der Sache dient. Aber wir werden keine direkt verbrecherischen, betrügerischen Übereinkünfte treffen. Und das unterscheidet uns von dieser Gewerkschaft [PRUP]. Es macht sie wütend, deshalb knirschen sie mit den Zähnen, wenn sie mit uns reden. Und es gibt alle Arten von miesen Tricks: falsche Anhörungen, Betrug – all das wird getan, um Informationen über uns zu verfälschen. Wo wir nicht präsent sind, können die Leute nichts über uns erfahren, oder sie erfahren es in einer verzerrten Weise.“

Der Vorsitzende der NPGU, Mihail Volyneć, fühlte sich verfolgt und regionale Funktionäre wurden wiederholt bedroht.<sup>107</sup> Die dargelegten Manipulationen haben einen doppelten Zweck. Die Machtkalküle der regionalen politischen und ökonomischen Elite führen einerseits dazu, dass sie die Gewerkschaften in ihrem Kampf um Einfluss und Ressourcen im nationalen Zentrum instrumentalisieren. Um diese Manipulation gewährleisten und die Kontrolle über alle politischen und wirtschaftlichen Prozesse innerhalb der Region sicherstellen zu können, werden andererseits die unterschiedlichen Gewerkschaftsakteure – abhängig vom Kontext – marginalisiert oder kooptiert.

### **Geteilte regionale Identität: Symbolische Anerkennung**

Jedoch sind die Gewerkschaft und die Arbeiterschaft nicht nur aufgrund der genannten Herrschaftstechniken mit der regionalen Führung verbunden, sondern auch durch eine geteilte regionale Identität, die Interessensgegensätze partiell entschärft und – zumindest bei oberflächlicher Betrachtung – ähnliche Vorstellungen für die Zukunft der Region hervor-

106 Interview mit einem Mitarbeiter der Staatlichen Regionalverwaltung, Donezk 2000.

107 ForUm, 19. Juli 2001.



bringt.<sup>108</sup> In der Selbstbeschreibung der regionalen Elite ist die Stadt Donezk das größte Industriezentrum der Ukraine und die Hauptstadt der Bergarbeiter. Sie ist, kurz gesagt, das Herz einer Region, die sich durch Stärke und Macht auszeichnet. Die Region selbst wird als „Primus inter Pares“ wahrgenommen. Die Überlegenheit dieser industrialisierten und urbanisierten Region wird nicht in Frage gestellt. Das Überlegenheitsgefühl stützt sich auf ein sowjetisches Verständnis der Überlegenheit der Arbeiterklasse und speist sich aus der Wahrnehmung der Bevölkerung ihrer selbst als Helden und ihrer sowjetischen Darstellung als Teil einer Avantgarde. Zudem trägt es zu einer intensiven Bindung der Menschen an die Region bei. Verschiedene Umfragen zeigen, dass keine andere Region in der Ukraine solch ein starkes Gefühl der Verbundenheit bei ihrer Bevölkerung schafft. Im Jahr 2002 drückten mehr als zwei Drittel der regionalen Bevölkerung ihren Stolz darüber aus, in der Region zu leben.<sup>109</sup>

Die meisten Bewohner der Region lassen sich als *tutošnye* (von russisch *tut* = hier) bezeichnen, d. h. als Menschen, die sich primär mit ihrem Wohnort und nicht mit dem Staat oder der Nation identifizieren. Diese Identität wird nicht durch nationale, sondern durch sozio-ökonomische Faktoren bestimmt. Die sowjetische Herrschaft schuf eine starke Identifikation mit dem Wohnort auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Da der Donbass als das Schaufenster des Sozialismus gefeiert wurde, war diese Tendenz hier besonders ausgeprägt. Die Identifikation mit der Ukraine war dagegen eher schwach. Einige ukrainische Nationalisten sehen daher die Bewohner des Donbass als Opfer – als russifizierte, entfremdete Ukrainer. Aber die Menschen in der Region weisen diese Wahrnehmung und die Missionierungsversuche, die sie in „echte“ Ukrainer verwandeln sollen, zurück. Stattdessen grenzen sie sich implizit gegen die „westukrainischen“ Nationalisten ab, indem sie positive Eigenschaften betonen, wie Toleranz und Traditionen von Multikulturalismus. Gelegentlich setzen sie die Westukraine mit der „alten Welt“, d. h. Europa, gleich und vergleichen den Osten des Landes mit Amerika, indem sie die Eigenschaften der Region als eine Grenzregion und einen kulturellen Schmelztiegel hervorheben. Dies dient auch dazu, andere positive Eigenschaften zu betonen wie Unternehmergeist, Offenheit und Freiheit, die untrennbar mit dem Leben an der Grenze verbunden sind.

Während der 1990er Jahre fuhren viele Menschen im Donbass damit fort, die Region als einen integralen Teil einer größeren Einheit zu sehen, der Sowjetunion. Dieser Staat war es schließlich, in dessen Zusammenhang ihr Selbstverständnis geprägt worden war und seinen Sinn erhalten hatte. Auch regionale Politiker haben die offizielle sowjetische Propaganda internalisiert, die den Donbass als den Motor der industriellen Entwicklung darstellte. Daher ist die Donezker Identität – eng gebunden an den Ort und geprägt durch sozio-öko-

108 Die Aussagen basieren auf den Interviews mit der lokalen und regionalen Elite und berücksichtigen ferner Ergebnisse von Umfragen und Selbstdarstellungen. Eine ausführlichere Darstellung des regionalen Identitätsdiskurses findet sich bei Kerstin Zimmer: *Der Glanz der Vergangenheit: Kulturelle Entwicklungsblockaden in der Transformation des Donbass*, in: Raj Kollmorgen (Hg.): *Transformation als Typ sozialen Wandels. Postsozialistische Lektionen, historische und interkulturelle Vergleiche*, Münster 2005, S. 111–132.

109 DIAC: *Doneckij Informacionno-Analitičeskij Centr*, Press Reliz, Donezk 2002.

nomische Faktoren – untrennbar mit sowjetischen Symbolen und Werten verbunden. Der Bergarbeitermythos spielt hier eine große Rolle und wird weiter gepflegt trotz der abnehmenden realen Bedeutung des Sektors. Damit wird er zum Ritual. Allerdings verhindert die Ritualisierung des Bergarbeitermythos zusammen mit den genannten Herrschaftstechniken, dass neue Formen der Anerkennung gefunden, gedacht und kommuniziert werden. Daher wirkt die Ritualisierung nur bewahrend oder rückwärts gewandt, aber nicht innovativ. Damit hat sich auch die zu Beginn der 1990er Jahre verbreitete Vorstellung, dass die Bergarbeiter als Keimzelle der Zivilgesellschaft dienen können, zerschlagen.<sup>110</sup>

Die regionale Identität erlaubt auf symbolischer Ebene die Einbindung der Bergarbeiter und derjenigen Menschen, die ihre eigene Identität mit der offiziellen regionalen verknüpfen. Zugleich instrumentalisiert die Machtelite diese Identität für eigene machtpolitische Ziele, um so die Bevölkerung hinter sich zu wissen. Sie erlangt damit Legitimität für politische Handlungen, die angeblich zum Vorteil der Region und der regionalen Bevölkerung sind. Damit signalisiert sie der Bevölkerung eine symbolische Form der Anerkennung, die jedoch auch entfremdet ist, da sie mittlerweile von oben gelenkt wird.

Eng verbunden mit machtpolitischen und ökonomischen Interessen und der regionalen Identität sind Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Region. In der Denkweise derjenigen Akteure, die eng mit dem Kohlesektor verbunden sind, ist die Kohle die einzige „eigene“ Energiequelle der Ukraine und muss deshalb unterstützt, ausgebaut und subventioniert werden.<sup>111</sup>

„Ich denke, dass heute die Kohleindustrie sowohl im Donbass als auch in der Ukraine existiert, sie wird existieren und sie sollte entwickelt werden. Leider hat die Ukraine keine wirklichen alternativen Energiequellen. Aber einfach ohne Kohle zu bleiben – das kann ich mir nicht vorstellen. Wenn wir diese wirtschaftliche Unabhängigkeit verlieren, dann wird es unmöglich sein, überhaupt von Unabhängigkeit zu sprechen. Heute ist das am allerwichtigsten. Und ich denke, wenn ich verantwortlich wäre, würde ich meine Prioritäten auf die Industrie setzen, vor allem auf die Kohleindustrie. Und dann werden sich sowohl die Metallverarbeitung als auch die Stromproduktion entwickeln, und der Maschinenbau wird arbeiten.“

Diese Ansicht, die regionale Politiker immer wieder öffentlichkeitswirksam äußern, schweißt eine regionale Allianz zusammen und vereitelt – zusammen mit Macht- und Kontrollstrategien – das Aufbrechen sozialer Interessensgegensätze und Konflikte. Ein Denken in Klassengegensätzen wird durch eine geteilte – aber zugleich von oben gesteuerte und ritualisierte – regionale Identität und identische Zukunftsszenarien verhindert.

110 Mykhnenko.

111 Interview mit dem stellvertretenden Direktor eines Bergwerks, Donezk 2000. Diese Ansicht wurde von mehreren anderen Interviewpartnern aus staatlichen Strukturen und (ehemals) staatlichen Unternehmen geteilt.

## Zusammenfassung

Wie die vorausgegangenen Ausführungen verdeutlichen, sind die Bergarbeitergewerkschaften seit dem Ende der Sowjetunion immer unwichtiger geworden und nehmen kaum noch Einfluss auf den Verlauf des sozio-ökonomischen und politischen Wandels. Viele der Mitglieder haben sich resigniert oder gar fatalistisch zurückgezogen. Wie die Beobachtungen aus Donezk zeigen, ist die aktuelle Machtlosigkeit der Gewerkschaften im ukrainischen Donbass auf zwei Ursachen zurückzuführen. Zum einen ist eine pfadabhängige Entwicklung zu beobachten, in der psycho-soziale Erbschaften des sowjetischen Systems – vor allem auf der betrieblichen Ebene – weiter leben. Zum anderen blieben alte Machtstrukturen bestehen oder wurden – nach kurzen Zeiten der politischen Unsicherheit zu Beginn der 1990er Jahre – unter neuen Vorzeichen neu gefestigt.

Das Aufbegehren der Bergarbeiter gegen das sowjetische System war ein sozialer Kampf gegen gesellschaftliche und moralische Missstände, der aber in der unabhängigen Ukraine kaum positive Wirkungen entfalten konnte. Auch im neuen Staat fanden die Bergarbeiter keine geeigneten Rahmenbedingungen, um kollektive Missachtungserfahrungen produktiv in sozialen Kampf umzusetzen und Veränderungen zu bewirken.

Die im Donbass gepflegte regionale Identität, die den sowjetischen Bergarbeitermythos als Kern enthält, gibt zum Teil jene moralische Anerkennung zurück, die auf gesamtukrainischer Ebene versagt bleibt. Allerdings wird diese Identität nicht durch einen echten Dialog reproduziert, sondern sie basiert auf einer Anbiederung der politischen Eliten, die diesen verordneten Diskurs zur oberflächlichen Ausschaltung von Interessensgegensätzen nutzen. Die politische Auseinandersetzung findet nicht zwischen gleichrangigen Partnern statt, vielmehr werden die machtpolitischen Instrumente, die staatlichen und quasi-staatlichen Akteuren zur Verfügung stehen, für die Unterdrückung potenzieller Konkurrenten eingesetzt. Somit entwaffnen die Marginalisierungsstrategien sowie die fortgesetzte Kooptation auf struktureller und symbolischer Ebene die Gewerkschaften als soziale Großakteure.